

Man muß den wirklichen Druck noch drückender machen, indem man ihm das Bewußtsein des Drucks hinzufügt, ... man muß diese versteinerten Verhältnisse dadurch zum Tanzen bringen, daß man ihnen ihre eigene Melodie vorsingt!

Karl Marx ★

offensiv links

offensiv, weil Verhältnisse, die drücken, sich nicht von selbst ändern.

links, weil wir Widersprüche aufdecken, Erfahrungen ins Bewußtsein rufen, Probleme verallgemeinern, die die Überlebtheit, ja Lebensgefährlichkeit des Kapitalismus offenlegen – bei uns in Österreich und in der Welt. Links, weil wir die Sackgassen in der Entwicklung der sogenannten sozialistischen Länder auch als solche kennzeichnen.

offensiv links – solidarisch mit allen Kämpfen gegen Ausbeutung und Unterdrückung, solidarisch mit allen Bewegungen für den Sozialismus.

ERSCHEINUNGSORT: WIEN
VERLAGSPOSTAMT / 1040 WIEN

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Vervielfältiger: FÖJ – Bewegung für Sozialismus, für den Inhalt verantwortlich: Alfred Prandl, alle 1040 Wien, Belvederegasse 10.
Redaktion: 1090 Wien, Porzellan-gasse 33 a, Telefon: 34 67 145.
Vertrieb: 1040 Wien, Belvederegasse 10, Telefon: 65 19 52.

Namentlich gezeichnete Artikel geben die Meinung des Autors wieder. Mit Initialen gezeichnete Artikel geben die Meinung der Redaktion wieder. Ungezeichnete Artikel sind Organisationsmeinung.

Einzelpreis: S 5,-
Abonnement: S 50,- (jährlich).

Kontonummer:
223-102-976, Länderbank Wien.

Fortsetzung von Seite 1

Wien wird eine Weltstadt, weil wir zig-Milliarden Schilling dafür ausgeben, daß die U-Bahn gebaut wird. Auf der anderen Seite fehlt ein Bruchteil von diesem Geld um ein Beschleunigungsprogramm für die Straßenbahnen zu finanzieren. Mit der U-Bahn wird die Fahrtzeit nicht kürzer als jetzt mit der Straßenbahn. Dafür sorgt schon die Streckenführung. Die U2 ersetzt bloß die 2er-Linie vom Karlsplatz zum Schottenring und die U4 fährt auf der Strecke der jetzigen Stadtbahn. Bloß die U1 stellt eine kleine Verbesserung dar. 21 Straßenbahnlinien werden gekürzt oder aufgegeben. Man wird noch öfter umsteigen dürfen als heute. Bei der Umsteighäufigkeit sind wir unbestreitbar europäische Spitze und werden es nach den Plänen der Gemeinde Wien bleiben.

Die großen Gewinner des U-Bahnbaus werden die Auto-, Mineralöl- und Bauindustrie sein. Der Tiefbau ist auf Jahre hinaus mit Aufträgen versorgt. Die Auto- und Öl-Multis können sicher sein, daß Wiens Straßen immer mehr vom lästigen öffentlichen Verkehr befreit werden. Die Wiener Geschäftsleute scheinen auch eher in den Gehirnen der U-Bahn-Planer herumzuspuken, als Großteile der lohnabhängigen Bevölkerung. Die Geschäftsviertel werden mit der U-Bahn schnell erreichbar sein, die Satellitenstädte und andere äußere Arbeiterbezirke werden vom öffentlichen Verkehr jedoch kaum besser erschlossen sein.

Was können wir tun?

Wir planen zu diesen Tariferhöhungen einige Aufklärungsaktionen. Wir können die Erhöhungen sicher nicht

verhindern, dazu herrscht ein zu unorganisierter Unmut in der Bevölkerung. Bald steht uns sicherlich die nächste Tariferhöhung ins Haus, denn das liegt in der (Un)logik der Gemeindepolitik. Was wir erreichen können, ist eine Infragestellung der kapitalistischen Werte: des betrieblichen Rentabilitätsdenkens; das Aufbrechen der Illusion, daß das Gesamtwohl vom Einzelwohl abhängt; daß demnach das Gesamtwohl nach neuen Kriterien diskutiert und dann durch eine gesellschaftliche Planung gegenüber einzelnen Profitinteressen durchgesetzt werden muß. Wir sollen nicht in den Fehler verfallen einen Kreuzzug gegen den Personenkraftwagen anzutreten, uns muß es gelingen die kapitalistische Form der Produktion, Verteilung und Verwendung des PKW als eines der Hauptübel des Verkehrschaos aufzuzeigen. Weiters sollten wir die Lösungsansätze der Gemeinde Wien – die U-Bahn in vorliegender Form – einer grundsätzlichen Kritik unterziehen.

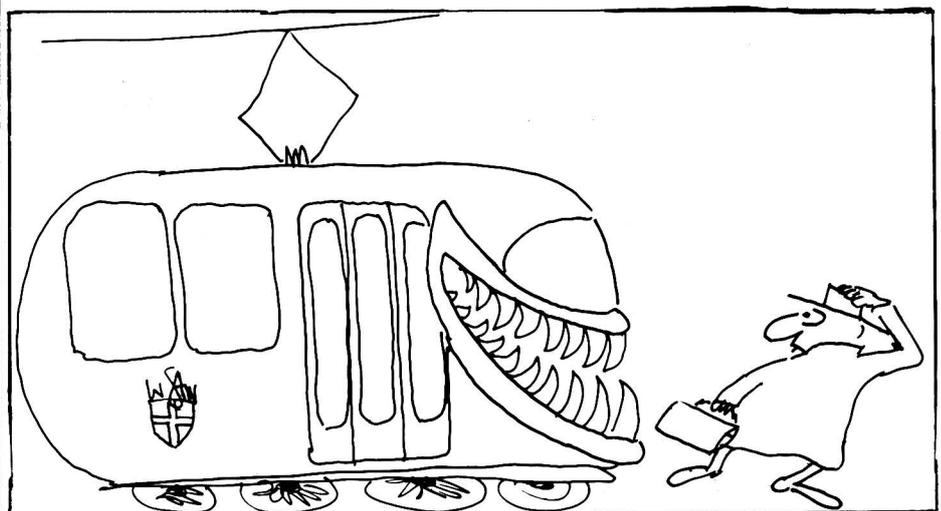
Die Verkehrsmisere ist das Produkt vielfältigster Ungereimtheiten des kapitalistischen Systems: die Finanzkrise der Gebietskörperschaften (insbesondere der Gemeinden) der Druck der Öl- und Autolobbies, die Bodenspekulation usw. Die Tariferhöhung soll ein weiterer Ansatz sein, diese Gedankengänge in einer größeren Öffentlichkeit anzureißen.

NÄHERE INFORMATIONEN:

AKTIONSKOMITEE GEGEN
DIE FAHRPREISERHÖHUNG

1040 Wien, Belvedereg. 10
Telefon: 65 19 52

1020 Wien, Odeongasse 1
Telefon: 24 70 402, 33 83 374 ★



Bisweilen geht die Wiener Stadtplanung seltsame Wege. Mit Unterstützung der Bundesbahnen gelingt es der Stadtverwaltung nun wieder einmal, die Öffentlichkeit zu verblüffen – durch Ausbau der Flughafen-Schnellbahn.

Pendlerschicksale sind millionenfach und tagtäglich die gleichen. In allen Industriestaaten fahren Berufstätige in überfüllten Verkehrsmitteln zur Arbeit, viele leben ihr Leben bei stundenlangen Fahrten in Zügen und Autobussen und sie leben es hierzulande

nicht anders.

Der Osten Österreichs macht keine Ausnahme: da ist Wien nach wie vor das wichtigste Wirtschaftszentrum und Arbeitskräfte aus entlegeneren agrarischen Gegenden der Ostregion bezahlen für den Wiener Arbeitsplatz Tag für Tag mit Fahrten in Zugsgarnituren, die selten und oft nicht eben im Eilzugstempo verkehren.

Auf die Frage, was denn gegen Arbeitstage zu machen sei, die im Morgen grauen beginnen und zu Ende sind, wenn das Abendprogramm über den Bildschirm läuft, gibt es zumindest zwei Antworten. So könnten in den mittleren Gemeinden der Region Industrien angesiedelt werden, die der arbeitsfähigen Bevölkerung das Pendeln nach Wien ersparen. Derart regionalpolitische Aktionen sind nun nicht ganz einfach zu vollziehen, sie verringern zudem nicht unbedingt die Probleme der Pendlerfamilien. Technisch entwickelte Unternehmen mit annehmbarem Lohnniveau, die etwa in Wien ein qualifiziertes Arbeitskräftepotential und die Serviceleistungen der Gemeinde ausnützen können, scheuen deshalb auch den Weg aufs Land. Den gehen von jeher die Niedriglohnindustrien, und da bleibt für die Berufstätigen das Pendeln in die Hauptstadt das kleinere Übel, an das sie sich sowieso schon gewöhnt haben.

Am ehesten wird den Pendlern also durch verkehrspolitische Aktionen zu helfen sein. Es bietet sich der Ausbau der Massenverkehrsmittel an, um fürs erste zumindest die Pendlerzeiten zu verkürzen.

In Wien geschieht dies im Moment auf besondere Weise. Bundesbahn und Magistrat haben in schöner Eintracht ihr Herz für eine besondere Gruppe von Pendlern entdeckt – für die Gäste des Flughafens Schwechat. Eine Flughafen-Schnellbahn soll ihren reibungslosen Transport in die Hotels der Innenstadt ermöglichen, "unbehindert durch Verkehrsstauungen und Umlei-

Fortsetzung auf Seite 4



Wer ist schuld an der Erhöhung?

Endlich haben die "Stadtväter" und die Verkehrsbetriebe einen Grund für die Notwendigkeit der Tarifierhöhung gefunden, der jedem verständlich ist. Die Unternehmer der diversen Branchen hatten schon oft Erfolg mit diesem Argument bei Preiserhöhungen, daß auch die Verkehrsbetriebe meinen, günstig damit zu operieren.

Was kann das sein? Wer kann schon den "Schwarzen Peter" zugeschoben erhalten?

Natürlich das Personal, die Bediensteten der Wiener Verkehrsbetriebe sind schuld an der Erhöhung. Die Personalkosten der Verkehrsbetriebe haben sich erhöht.

Also, schimpfen wir nicht auf die Gemeinde Wien, die "Stadtväter" oder die Direktoren der Verkehrsbetriebe, gehen wir zum nächsten Fahrer oder Schaffner eines öffentlichen Verkehrsmittels und sagen wir diesem ordentlich unsere Meinung. So ein Streit zwischen Fahrgästen und Personal erfreut sicher unseren Herrn Bürgermeister. Da kann er daraufhinweisen, daß ja ihn und seine Verkehrsplaner keine Schuld trifft.

Zwar weiß niemand, ob die Personalkosten tatsächlich gestiegen sind, denn derartige Zahlen müssen ordentlich gehütet werden. Einblick in die Finanzgebarung zu gewähren, gäbe sonst eventuell Möglichkeiten den "Stadtvätern" auf die Finger zu schauen. Es könnte jemandem einfallen, daß der öffentliche Verkehr andere Aufgaben hat, als den üblichen Rentabilitätsrechnungen gerecht zu werden. Vielleicht fiel auf, daß durch billige öffentliche Verkehrsmittel im Gemeindebudget anderswo Gelder eingespart werden können. Dies konnte die Rathausbürokratie bisher verhindern und will es weiter tun.

tungen, in kürzester Zeit mit einer modernen Zugsgarnitur", wie die "Arbeiter-Zeitung" stolz berichtet.

Mag anderswo der Ausbau eines Schnellbahnsystems den Berufstätigen zu Gute kommen, hierzulande wird renommiert. Einen zweigleisigen Ausbau der Wolfsthaler Bahnlinie zum Flughafen und die stellenweise Neutrassierung der Strecke werden Bundesbahn und Stadt Wien finanzieren, desgleichen den Bau des Flughafenbahnhofs. Und daß die Baulöwen nicht verhungern, dafür sorgt die "Arbeitsgemeinschaft Flughafenbahn", die, gebildet aus der Prominenz der Bauwirtschaft, bereits den Bau eines "Pistentunnels der Superlative" (AZ) unterhalb der zweiten Piste vorantreibt.

Die Arbeiter-Zeitung widmet dem Ereignis vier Informationsseiten, auf denen das Großprojekt im Detail erläutert wird. Über seine Kosten jedoch und über die Art der Finanzierung schweigt man sich aus. Informierter zeigt man sich im Verkehrsreferat der Wiener Arbeiterkammer: Die Kosten für die billigste Variante werden mit 400 Millionen Schilling beziffert, die von Minister Lanc forcierte Lösung, die einen Schnellbahnbetrieb in Abständen von fünfzehn Minuten vorsieht, kostet an die zwei Milliarden Schilling. Ein Drittel davon wird die Stadt Wien übernehmen, die Bundesbahn wiederum finanziert aus Mitteln, die ihr für den Ausbau des Nahverkehrs zur Verfügung stehen.

Den Berufstätigen der Ostregion wird die Flughafen-Schnellbahn wenig nützen, am ehesten vielleicht zu Allerseelen, da die Trasse südlich des Zentralfriedhofs verläuft. Die neuen Wohngebiete im Südosten Wiens bleiben unerreichbar, und die Beschäftigten der ÖMV schließlich werden auf Grund ihres gut funktionierenden Busdienstes auf die Schnellbahnlinie dankend verzichten.

Fazit: Im Osten Österreichs werden Gelder, die der Verbesserung des Berufsverkehrs dienen könnten, der Geltungssucht einer großstädtischen Verwaltung geopfert. Das internationale Jet-Set wird diese noble Geste zu schätzen wissen, da fährt die Eisenbahn darüber.



Schlachthof - »Der Schlachthof darf nicht von den

Das Ende der Festwochen-Arena war da. Die Gebäude sollten niederrissen werden und einem Textilhandelszentrum Platz machen. Das Arena-Festwochenprogramm war nicht überwältigend. In der Wiener Szenerie stellte es dennoch einen Lichtblick dar. Einige Kulturschaffende setzten sich zum Ziel dieses großräumige Areal für einen ganzjährigen Kulturbetrieb zu retten. Sie stießen auf Skepsis, auch bei vielen von uns. Wozu gerade hier seine Kräfte einsetzen, wo es doch hunderte andere Fragen gäbe, für welche sich einzusetzen es lohnenswert wäre.

Wir wurden eines besseren belehrt. Was sich in den ersten Tagen der Besetzung abspielte, übertraf an Dynamik und Mobilisierungskraft alles, das organisierte Linke in den letzten Jahren auf die Beine stellten. Sollte vielleicht das Ziel von einem selbstverwalteten ganzjährigen Kommunikationszentrum nicht erreicht werden, so wurden hier Lernprozesse für alle Beteiligten in Gang gesetzt, die längerfristig von großer Bedeutung sein werden. Es wurden Fragen in einer Konkretetheit aufgeworfen, die wir sonst meistens bloß theoretisch zu behandeln imstande sind.

Es wurden Bedürfnisse angesprochen, die bei von organisierten Linken getragenen Aktivitäten meist zu kurz kommen. Das betrifft nicht nur die Zielsetzung nach einem selbstverwalteten, volksverbundenen ganzjährigen Kulturbetrieb in der Arena, sondern auch die Form des Kampfes. Gemessen an den ersten, zweiten und nächstfolgenden Schritte von Parteiprogrammen war die Besetzung "planlos" und "unklar".

Allein der Akt der Besetzung entsprang nicht einer ausgeklügelten Strategie einiger weniger Leute. Es war das Resultat einer heftigen Diskussion. Die Komiteemitglieder setzten sich in der Mehrheit nicht aus linken Berufspolitikern zusammen. Bestrebungen von KPÖ-Funktionären, Funktionäre politischer Organisationen in das Komitee aufzunehmen, wurden mit überwältigender Mehr-

heit abgelehnt, zaghafte Majorisierungsversuche einzelner linker Grup-

pen blieben bisher erfolglos. Maoisten, Troztkisten, föj-ler, die AUF und Spontis (letztere waren noch am sektiererischsten) waren bereit, sich vollkommen in den Dienst der Sache zu stellen und auf Parteiprofilierung zu verzichten. Im Komitee sitzen mehrheitlich unabhängige, engagierte Leute, die bisher bei verschiedenen Basisaktivitäten Erfahrungen gesammelt haben. Das Plenum ist die zentrale Entscheidungsinstanz, Komiteemitglieder können jederzeit abgewählt werden.

Weiters waren viele Besetzer bereit, sich aktiv an der Adaptierung des Geländes zu beteiligen. Ohne Fachleute, ohne moderne Maschinen und ohne sogenannte Manager war es möglich, innerhalb weniger Tage aus einem Schweinestall eine Gaststätte zu machen, Gebäude in ein Frauenhaus, eine Kunstgalerie, einen Kindergarten, ein Literaturzentrum und in ein Jugendzentrum für Jugendliche umzuwandeln. Sanitäre Einrichtungen, Installationen und Sicherheitseinrichtungen sind bisher nur provisorisch vorhanden, aber auch da sind bloß finanzielle Unterstützungen der Gemeinde Wien notwendig, um die Arbeiten eigenhändig durchführen zu können. Mit diesen Leistungen haben die Besetzer der zweifelnden Öffentlichkeit bewiesen, daß sie fähig sind, ein Kommunikationszentrum in Selbstverwaltung zu betreiben.

Der Verlauf der Besetzung schien sich in den allerersten Tagen in Bahnen zu bewegen, die es den bürgerlichen Medien erlaubte, sich damit zu solidarisieren und der Gemeinde Wien eins auszuwischen. Eine Woche später ließ das Interesse der Presse nach. Das Ziel ist nicht mehr bloß ein progressiver Alibikunstbetrieb, wie der der Festwochenarena. Es geht nicht nur um einen Kampf gegen die Gemeinde Wien, sondern um die Propagierung eines Kulturbetriebes, der kapitalistische Normen in Frage stellt. Bei der Konkretisierung dieses Problems scheiden sich die Geister der Arena Besetzer.

Soll man sich an den Bedürfnissen der Arenabesetzer orientieren (v. a. Künstler, Schüler, Studenten, akademische Angestellte, einige Simme -

Arena

Schweinen geschlachtet werden«

ringer Jugendliche mit Erfahrung an Besetzungen für Jugendzentren und viele andere, die nicht in alltäglicher Berufsarbeit stehen) oder dem Großteil der arbeitenden Bevölkerung, die sicher langfristig dieselben Bedürfnisse haben, nämlich den entfremdeten Arbeits- und Lebenszusammenhang aufzuheben, aber momentan vor viel größere Schwierigkeiten gesetzt sind, da dies einen radikalen Bruch ihrer Lebensweise mit sich ziehen würde. Umso notwendiger wird es sein, Plena nicht jeden Tag anzusetzen, sondern wöchentlich, aber auch dann, wenn wichtige Entscheidungen nicht aufschiebbar sind.

verschiedenen Berufs- und Bevölkerungsgruppen, nicht nur aus Komiteemitgliedern sind Vorbedingung dafür, daß die Arena nicht nur zu einer rein künstlerischen Stätte degradiert oder ein Dienstleistungsbetrieb in Sachen Kunst wird. Nur wenn es der Arena gelingt, eine Zusammenfassung von verschiedenen Ansätzen zu einem alternativen Leben zu werden, wird es gelingen, den bürgerlichen Integrationsversuchen zu widerstehen. So wichtig solche Initiativen für den Bestand der Arena, aber auch für eine sozialistische Strategie sind, so darf nicht übersehen werden, daß sich heute



Aber dadurch würde man vielen Berufstätigen die Teilnahme an der Entscheidungsfindung versperren. Die Mehrheit der Besetzer ist auch momentan der Meinung, daß der Vorschlag der Spontis, einen Großteil der Komiteemitglieder aus an der Arena aktiven Interessensgruppen zu rekrutieren, die Bewegung zu sehr in Einzelinteressen aufspalten würde und auch vielen nicht so engagierten Menschen die Möglichkeit nehmen würde, sich als Teil der Arena zu identifizieren. Andererseits wird die Einrichtung von Interessensgebieten auf dem Arenagebiet als sehr wichtig erachtet. Die eigenständige Organisation von Frauen, Lern- und Freizeitstätten für Kinder aus der näheren Umgebung, ein nicht am Markt ausgerichtetes Kunstgeschehen, ein selbstverwaltetes Jugendzentrum, Wohngemeinschaften aus an alternativen Lebensformen interessierten Menschen aus

nur ganz bestimmte Schichten solche Freiräume leisten können. Damit die Arena kein "linkes" oder "kulturrevolutionäres" Ghetto für finanziell, berufs- und bildungsmäßig besser gestellte Schichten wird, sollten ständig Überlegungen gesetzt werden, um auch einen Großteil der arbeitenden Bevölkerung Bedingungen für ein nicht fremdbestimmtes Zusammensein zu schaffen.

Tausende Menschen waren bisher bereit, sich bei der Besetzung zu engagieren. Verschiedenste politische und soziale Strömungen waren daran beteiligt. Wie war ein so erstaunlich einheitliches Vorgehen möglich? Als Bündnispartner galt der, der bereit war, sich für die Arena einzusetzen, egal wo er politisch steht. Ambros und Danzer sind keine besonders fortschrittlichen

Leute. Sie sangen für die Arena, (eine Woche vorher lehnte Ambros aus Karrieregründen einen Auftritt beim "Anti-Schleiferfest" ab!), sie wurden mit Applaus bedacht, als sie die Aktion ins lächerliche zogen, piff man sie aus. Gemeindevertreter fanden die Zustimmung der Arena Besucher, als sie für die Arena Stellung bezogen, dieselben Leute wurden in ihrer Ansprache unterbrochen, als sie dann abzuwiegeln begannen. Das sind nur Einzelbeispiele für das Prinzip, daß zunächst niemandem die Möglichkeit genommen wird, sich zu solidarisieren, daß erst das jeweilige aktuelle Verhalten zum Maßstab wird, ob jemand ein Bündnispartner ist oder nicht.

Es gab keine fertigen Konzepte von oben, die von vornherein Diskussionen im Plenum in eine bestimmte Richtung zwingen wollten. Manche Auseinandersetzungen waren konfus und langweilig, manchmal gab es keine wirklichen Ergebnisse. Ein Großteil des Plenums spürte aber die offene, demokratische und solidarische Form der Diskussion als entscheidend für eine Identifikation mit der Arena.

Bewegungen lassen sich nicht planen. Sie entstehen meistens autonom. Das ist bei den meisten Streiks der Fall, bei den Kasernenkomitees und bei der Arenabesetzung verhielt es sich ebenso. Die Aufgabe von Linken besteht viel weniger in der Initiierung von Kämpfen sondern in der unsektiererischen Hilfestellung, Koordinierung und Verallgemeinerung diverser Basisinitiativen. Das bedingt eine Offenheit von linken Organisationen, eine Verankerung von einzelnen Linken bei diversen autonomen Aktivitäten, die Bereitschaft zu lernen und sich in Frage zu stellen.

Die Arenabesetzung ist eines der wichtigsten Ereignisse von autonomer Politik. Das Ergebnis ist ungewiß, aber alle bisherigen Geschehnisse haben Hoffnungen und Wünsche in einer Form zur Geltung gebracht, die die unter uns bestehenden Gefühle der Resignation und Ohnmacht ein wenig aufbrechen könnten.

Kärnten:

Tausend Jahr' – so wie es war?

Am 26. und 27. Juli feierte man in Klagenfurt das tausendjährige Bestehen Karantaniens. Ein ungünstiger Zeitpunkt, denn die slowenische Minderheit dieses Landes sah keine Gründe mitzujubeln, steht sie doch inmitten eines Kampfes gegen die geplante Minderheitenfeststellung.

Die Mehrheit aber demonstrierte Stärke und fand mahnende, beschwörende Worte an die Minderheit, doch keine falschen Ratschläge zu befolgen, denn "Fanatiker fallen slowenischer Volksgruppe in den Rücken", wie z. B. das Organ der SPÖ in Kärnten die Rede des Landeshaupmannes Wagner unterteilt.

Tausend Jahre sind eine lange Zeit. Damals fanden die Zeremonien zur Einsetzung des Herzogs am Zollfeld noch in slawischer Sprache statt. Daran haben die Feiernden wohl meist nicht gedacht, wenn sie sich just den Herzogstuhl als Abzeichen an den Rock steckten. Aus einer slawischen Mehrheit ist eine slowenische Minderheit geworden. Und das wohl nicht immer aus freien Stücken.

Wir haben jetzt die zweite österreichische Republik. Wir reden von Freiheit und Toleranz. Die Regierung dieser Republik hat sich schriftlich verpflichtet, die Rechte der Minderheiten zu schützen. Was aber geschieht?

Doppelsprachige Ortstafeln werden von "Deutsch-Kärntnern" ausgerissen. Die Gendarmerie steht lachend daneben. Partisanendenkmäler werden gesprengt. Niemand verfolgt diese Täter.

Ganz anders verläuft die Geschichte, wenn Slowenen Losungen an Mauern schmieren, die die Verwirklichung des Artikels 7 verlangen. Sie werden sofort verhaftet. Selbstverständlich. Im TV erscheinen Bilder eines "Drahtziehers", so, als sei eine ganz furchtbare Tat geschehen. Und hinter dem Sprechtext, der sehr an die Nazizeit erinnert, entstand das Bild eines Zellenfensters. Man wird es ihnen schon zeigen!

In Völkermarkt steht eine moderne Volksschule. Davor ein hübscher



Ca. 1.700 demonstrierten am 31. Mai in Wien gegen die Minderheitenfeststellung.

kleiner Park. Das war gerade der richtige Platz für ein Denkmal. Aber wessen wurde da gedacht? Es stand dort für den Obmann des Kärntner Heimatdienstes und den Vorkämpfer eines Großdeutschen Reiches Hans Steinacher. Es wurde jetzt, im Mai 1976 enthüllt! Wenn das keine Provokation ist, was dann?

Steinacher war überall dort anzutreffen, wo es daum ging, den großdeutschen Gedanken zu verwirklichen. Er war gleich nach der Volksabstimmungen von Kärnten nach Schlesien gefahren. Er war in Ungarn und am Rhein, also überall dort, wo es deutschnationale Kämpfe gab. Und er war ab 1933 Reichsleiter des "Volksbundes für das Deutschtum im Ausland".

Ausgerechnet solch ein Mann wird den Volksschülern in Völkermarkt

als Held vor die Fenster gestellt! Jetzt, wo man endlich daran gehen sollte, den Weg für eine neue humane Entwicklung zu ebnen.

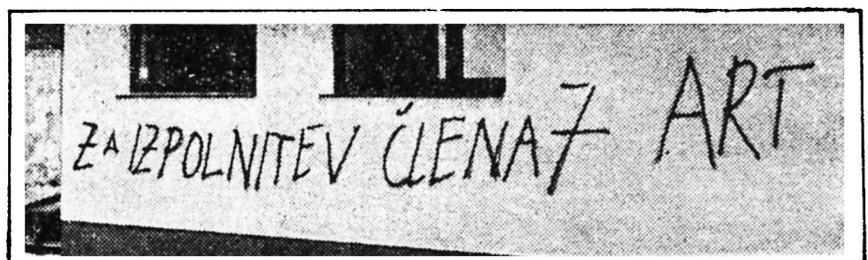
Als dieses Denkmal in die Luft flog, wurden sofort 30.000 S zur Ausforschung der Täter bereitgestellt.

Es wird also noch immer mit zweierlei Maß gemessen...

Es ist sicherlich problematisch, ob im gegenwärtigen Zeitpunkt gewaltsame Mittel der Sache der Slowenen nützen.

Die deutschsprachige Mehrheit der österreichischen Bevölkerung aber trägt die Verantwortung dafür, was mit der slowenischen Minderheit geschieht und wohin sie sich entwickeln kann.

L. L. ★



Sie wollen weitermarschieren

Freund: Sie sind kein Demokrat,
Travnicek.

Travnicek: Des hat mir noch niemand
gesagt ... net amal
untern Hitler.

(Merz/Qualtinger, Travnicekszenen)

Unzweifelhaft, 1976 ist ein Jahr
teutschen Gedenkens an die gute alte
Zeit. Neben verhiindertem "1000-
jährigem-Ostmark"-Trubel und statt-
gefundenem "1000-Jahre-Kärnten"-
Jubel, die Feiern "280 Jahre Hoch-
und Deutschmeister" und "100 Jahre
Kameradschaftsbund zu Perchtolds-
dorf", abgehalten am 12./13. Juni
im Heurigenort daselbst.

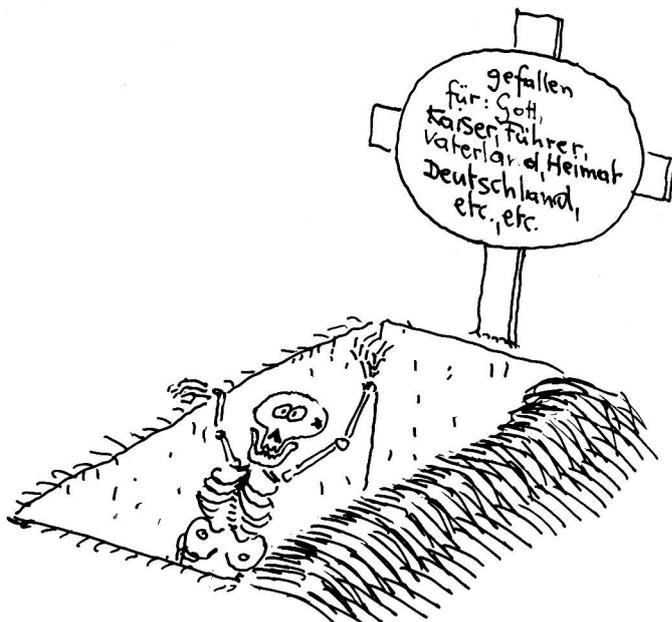
Die Bevölkerung des Marktfleckens
war durch Postwurfsendungen über
den Stellenwert der Festivitäten hin-
länglich informiert worden. Ein
Kunstdruckblatt "Zur Erinnerung an
die historische Begebenheit", das
eine Burg und zwei altertümlich
kostümierte Soldaten vor dem Hinter-
grund Wiens zeigt und so recht zum
Aufhängen über den Ehebetten zwi-
schen dem Schutzengelbild und dem
röhrenden Hirsch geeignet ist, wurde

freundlicherweise mitgeliefert. Ein
Dr. Kurt Peball, Oberarchivrat und
Kriegsarchivrat in Wien – diese Titel
gibt es wirklich – schildert auf fünf-
zehn Seiten die "Deutschmeister-
tradition im österreichischen Heer".
Er tut dies ausgehend von den Kreuz-
zügen der Deutschordensritter, ver-
gibt auch nicht die Kolonialisierung
und Unterdrückung der Slawen durch
dieselben, nennt sie allerdings "eine
bedeutende wirtschaftliche, kulturelle
und soziale Tätigkeit durch die Ein-
beziehung der bisherigen Bewohner
des Preußenlandes". Die weitere Ge-
schichte der Hoch- und Deutschmeis-
ter wird in dem ebenso knappen wie
einprägsamen Stil der Frontberichter-
stattung nahegebracht: 1934 "Das
Regiment wird im Rahmen der As-
sistenzleistungsverpflichtung des
Bundesheeres bei innerpolitischen Un-
ruhen im Jänner, Februar und Juli
militärisch eingesetzt"; Februar
1942 "Division wehrt heftige Angriffe
von stark überlegenen Feindkräften
erfolgreich ab"; 19. Februar 1942 bis
2. Februar 1943 "Kampf und Unter-
gang der Masse der Division in der
Schlacht um Stalingrad"; 26. Februar
1945 "Der Division" (gemeint sind



wahrscheinlich jene, die nicht mas-
senweise bei Stalingrad untergegan-
gen sind) "wird in Würdigung des
heldenhaften Einsatzes aller Offiziere,
Unteroffiziere und Mannschaften
das Ärmelband 'Hoch- und Deutsch-
meister' verliehen". Das alles
schreibt ohne mit der Wimper zu
zucken ein Kriegsarchivrat im Jahre
1976. Die Tradition dieser ebenso
hohen wie deutschen Meister im
Kriegsspiel lebt übrigens fort – im
Jägerbataillon 4 der Maria-Theresien-
Kaserne des österreichischen Bundes-
heeres!

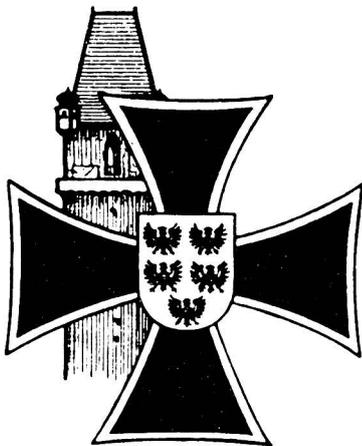
Der zweite heroische perchtoldsdor-
fer Festtag versammelte an die 350
alte Kameraden zuerst einmal zu
einer Feldmesse. Denn die Kirche
darf dort, wo sich die Ewiggestrigen
versammeln, nie segnend fehlen.
Auch das Bundesheer fehlte nicht:
Zwei Soldaten im Kampfanzug und
mit Sturmgewehr bewachten den
Altar, wohl damit ihn kein subver-
sives Element hinterrücks entwende.
Zahlreiche graue Bundesheerunifor-
men unterbrachen das Lodengrün der
Festgäste. Der Pfarrer betonte in
seiner Ansprache, er sei für den
Frieden, doch den gäbe es nur dort
wo Ordnung und Katholizismus
herrschten. Doch verglichen mit der



Wir gratulieren: 100 Jahre Kameradschaftsbund

folgenden Rede des Oberkameraden, dessen zackige Kommandos die ganze Feier umrahmten, war er ein schlapper Liberaler.

So predigte die Kommandostimme gegen die "Diskriminierung jener Leute, die ihre Pflicht getan" hätten, erinnerte an die "nur 50 km von hier stehenden russischen Panzer", wetterte gegen Wehrdienstverweigerer und wünschte sich alle "wehrfähigen jungen Männer in die Kasernen", damit sie gefälligst die "soldatischen Tugenden" erlernen sollten. Genauso wie weiland Wilhelm II von Hohenzollern keine Parteien, Adolf Hitler keine Klassen, so wollte der Oberkamerad keine Schichten kennen, sondern den Kameradschaftsbund als "Bewegung des ganzen Volkes" verstanden wissen. Ist es verwunderlich, daß ein Vertreter der perchtoldsdorfer Patenstadt Donauwörth da feststellen konnte, hierzulande habe man die Vergangenheit bewältigt?



Kopf einer Postwurfsendung an die Perchtoldsdorfer Bevölkerung

Der perchtoldsdorfer Bürgermeister und stellvertretende Landeshauptmann von Niederösterreich Ludwig (ÖVP), der sogar aufgefordert hatte, die Häuser den alten Kameraden zuliebe zu beflaggen (man getraute sich jedoch nicht die zum Anlaß passenden Hakenkreuzfahnen zu setzen), versprach sich für die weitere Förderung des Kameradschaftsbundes einzusetzen. Abschließend machte er noch einen bedeutenden Vorschlag in Bezug auf die Wehrgesetznovelle, der so recht seine politischen und intellektuellen Fähigkeiten zur Geltung brachte: Längerdienen beim Bundesheer ist von den Betroffenen nicht als lästige Pflicht sondern als ehrenvolle Aufgabe anzusehen.

R. H. ★

Bundesheer:

Ein Fest gegen die Schleifer



Zirka 2000 Menschen wohnten am 27. 6. dem vom KOMITEE FÜR DIE RECHTE DER SOLDATEN veranstalteten "Anti-Schleiferfest" am Wiener Naschmarkt bei, auf dem - umrahmt von engagierten Liedern - Vertreter von Kasernenkomitees über ihre Erfahrungen berichteten. Denn inzwischen sind auf Grund der verschie-



denen, die Menschenwürde verletzenden, Vorfälle im Bundesheer und der drohenden Wehrgesetznovelle neue demokratische Basisbewegungen in den Kasernen entstanden bzw. im Entstehen begriffen.



Kampf bringt Erfolg

In den Wertheim-Werken hat der Arbeiterbetriebsrat schon vor einiger Zeit Initiativen zur Verhinderung von gesundheitlichen Schäden am Arbeitsplatz ergriffen.

So war dieser Betriebsrat einer der ersten, die von Interventionsrecht gemäß dem Arbeitsverfassungsgesetz Gebrauch machte, er verlangte von der Unfallversicherung eine Lärmdurchmessung des gesamten Betriebes.

Die Messungsergebnisse waren alarmierend. Die Werte liegen weit über dem gesetzlich zulässigen Ausmaß. Neben dem Kampf gegen den Lärm führt der Betriebsrat ständig eine Aufklärungskampagne über die "Arbeitswelt als Krankheitsfaktor".

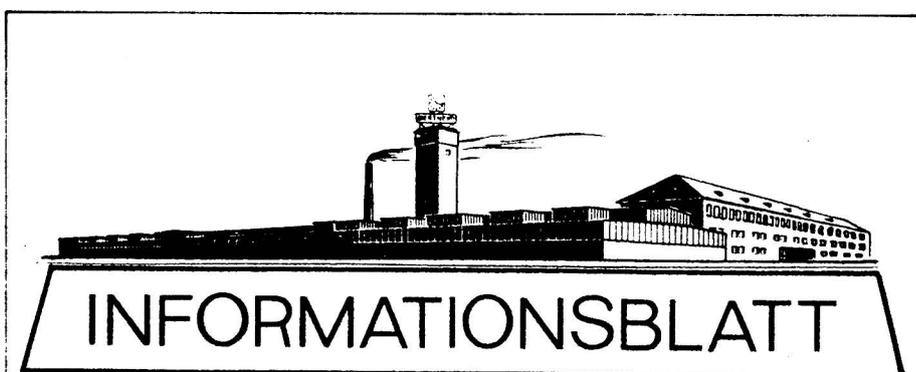
Diese Aktivitäten trugen dazu bei, daß diese Problematik immer mehr in das Bewußtsein der Wertheim Arbeiter drang. Um die betroffenen Arbeiter zum Tragen eines Gehörschutzes zu motivieren, setzte der Betriebsrat z. B. eine Zulage durch. Es war eine natürliche Folge der ständigen Diskussion über diese Fragen, daß die Forderung nach Verdienstsicherung für die Dauer eines Jahres im Falle längerer Erkrankung erhoben wurde.

Anfangs setzte die Firmenleitung dieser Forderung ein starres Nein entgegen. Daraufhin brachten die Arbeiter im ganzen Betrieb Transparenz an, die auf ihre Benachteiligung und das Arbeitsleid hinwies. Die Diskussionen um diese Fragen nahmen ständig zu.

Nach einem einstündigen Warnstreik konnte die Verhandlungsbereitschaft der Firmenleitung durchgesetzt werden. Bei dieser Streikversammlung beschlossen die Wertheim Arbeiter, daß ein Solidaritätsfond errichtet wird in dem jeder Facharbeiter wöchentlich S 40,-, jeder Hilfsarbeiter S 20,- einzahlt. Dieser Fond dient zur Finanzierung von Kampfaktionen.

Als die Firmenleitung die Verhandlungen hinauszögerte beschlossen die Vertrauensleute einen neuerlichen Warnstreik und anschließend den Beginn von Schachbrettstreiks.

Die entschlossene Haltung der Belegschaft und des Betriebsrates ermöglichen schließlich den Abschluß dieser Betriebsvereinbarung.



DES ARBEITERBETRIEBSRATES DER WERTHEIM-WERKE

Wien, 1976 06 21

GROSSTER SOZIALPOLITISCHER ERFOLG DER WERTHEIMARBEITER

BEI KRANKHEIT 1 JAHR VERDIENSTSICHERUNG

Nach langen, zähen Verhandlungen konnten wir einen Meilenstein in der Existenzsicherung unserer Arbeiterschaft im Falle einer langen Erkrankung tun.

In Zukunft erhalten alle Wertheimarbeiter, die länger als ein Jahr in unserer Firma beschäftigt sind, und die den gesetzlichen Entgeltanspruch bereits ausgeschöpft haben, ein Jahr lang von der Firma zum Krankengeld der Krankenkasse einen Zuschuß, der den Arbeitern ihr Nettoeinkommen sichert.

Dieser Erfolg war nur möglich, weil wir alle einig und solidarisch zusammengestanden sind.

Besonderer Dank gilt den Vertrauensleuten, die dafür sorgten, daß der von ihnen beschlossene Proteststreik entschlossen und diszipliniert durchgeführt wurde, und die bei den Beratungen eine Reife bewiesen, die wesentlich zum Erfolg beitrug. Es hat sich auch diesmal wieder gezeigt, daß die Einheit im Betriebsrat und damit der gesamten Belegschaft die beste Garantie für die Interessensicherung der Kollegenschaft ist.

Wir werden auf diesem Weg unbeirrt von den Spaltungs- und Einmischungsversuchen betriebsfremder Leute weitergehen.

Für den Arbeiterbetriebsrat

e.h. Franz Foll

e.h. Kurt Urban

Die Straße ist nicht die wahre Schule

In der letzten "offensiv links"-Nummer wurde das dargestellte Problem der Ganztagschule etwas einseitig dargelegt und zwar aus mehreren Gründen:

Elfi Weiß meint in ihrem Beitrag "...und wer fragt die Kinder?", daß "die Verlängerung des Schulaufenthaltes ... Maßnahmen zur 'besseren Integration' der Unterschichtkinder" bedeuten, und "die sich zu zwanglosen Spielen zusammenfindenden 'Straßenkinder' ... für ihr psychisches Befinden sinnvolles Gestalten und ein Gemeinschaftsgefühl" hier eher lernen könnten.

Zur ersten Behauptung ist das Beispiel Prutz in Tirol (siehe "offensiv links" Nr. 24, Seite 10) anzuführen, wo die Eltern gemeinsam mit Lehrern eine Ganztagschule ins Leben riefen, deren Mehrkosten gegenüber der Normal- schule 1970 bis 1974 die Eltern sogar selbst bezahlten. Die Absicht der Eltern war es sicher nicht, ihre Kinder in erster Linie besser zu integrieren, sondern sie wollten vielmehr, der durch ihre Berufstätigkeit entstandene Vernachlässigung der Kinder eine positive Alternative entgegenstellen. (Sehr zum Unmut der ÖVP-Bürokratie). Wir hatten es hier mit einer echten Selbstorganisation der Eltern zu tun. Aber die Situation ist nicht nur für Eltern ländlicher Gebiete so akut! Auch im hochindustrialisierten Wien ist das derzeitige Schul- und Hortwesen ein Sorgenkind aller Eltern. Hat man nicht das Glück (oder Pech - je nach Einstellung) sein Kind in einer Ganztagschule unterzubringen, gibt es einige Lösungsmöglichkeiten.

Einerseits der Hort, wo zuwenig und schlecht (manchmal sogar überhaupt nicht) ausgebildete Erzieherinnen die Schulkinder mit schlechtem Essen versorgen und ansonsten gerade noch Anwesenheitspflicht ausüben. Von Lernhilfen, kreativer Förderung oder Erziehung zum Gemeinschaftswesen kann hier nicht die Rede sein.

Zum zweiten die von Elfi Weiß gepriesenen "Straßen- oder Schlüsselkinder". Sicher werden die Kinder beim Spiel auf der Straße nicht in die für die Schule geltenden Werte integriert. Sie sind nicht leistungsbewußt was Lernen und Gehorsam in der Schule betrifft. Aber das Spiel auf der Straße ist die Garantie für die Integrität in eine bestimmte gesellschaftliche Schicht, und zwar in die Schicht des zukünftigen Heers der Hilfsarbeiter. Beim Straßenspiel herrscht derselbe, wenn nicht noch größere Leistungsdruck in Bezug auf Brutalität, Rollenverhalten, Diskriminierung der Schwächeren und Außenseiter. Hier spielen, d. h. leben die Kinder - leider viel zu echt - das Straßentheater des Kapitalismus. Diebstahl, Warengesellschaft, Mord, Krieg, zerstörte Zwischenmenschlichkeit, sind die Szenen. Der Einfluß des Fernsehens, die Familie als faulende Keimzelle des Staates sind bei 'freiem Eintritt' in jedem Beseirpark eines Arbeiterbezirkes oder Höfen von Gemeindebauten zu sehen.

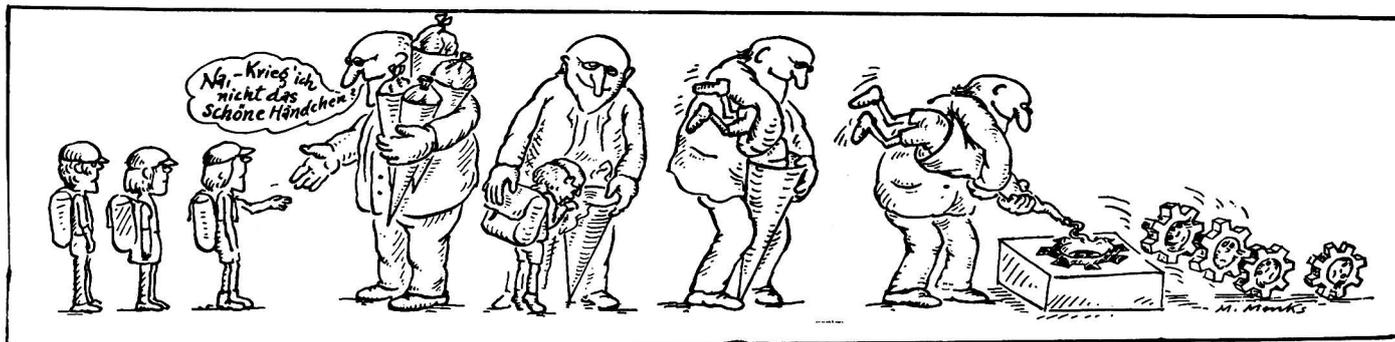
So bleibt als letzte Möglichkeit bei Familien, die es sich leisten können (oder durch permanente Überstundenleistung und Pfuscheri des Mannes leisten), die nicht berufstätige Mutter.

Fast im Chor hört man zwischen 14 und 18 Uhr die ohnmächtigen Schreie der geplagten Mütter, wie "schau net so lang, schreib endlich", "du Trottel, wann begreifst des endlich" oder "na wart, wann der Papa kommt". Geplagte Kinder, erschöpfte Mütter, bilden die Familienidylle, um deren Zerstörung die ÖVP bei der Errichtung von Gesamtschulen bangt. (Oder meint sie vielleicht die Familienidylle höherer Schichten, wo diverse Nachhilfelehrer den Aufstieg in die höheren Klassen der AHS garantieren?)

Realistisch betrachtet ist die derzeitige Normalschule schon so aufgebaut, daß der Großteil der Kinder den Schulstoff nur dann beherrscht, wenn ein unbezahltes Heer von Frauen mit ihren Kindern Nachmittag für Nachmittag strebert. Ich möchte das die "unsichtbare" Ganztagschule nennen.

Von den Schwierigkeiten jener Mütter, die nur ungenügende Schulbildung haben, die den Lehrstoff der AHS und der oberen Hauptschulklassen gar nicht ihren Kindern vermitteln können, ganz zu schweigen. Aufgrund ihrer sozialen Herkunft zu schlechtbezahlten, unqualifizierten Arbeitskräften degradiert, werden sie von ihrem Nachbar- und Freundeskreis auch noch als Versager in der Kinderaufzucht, als unfähige Mütter, als unbezahlte Produzentinnen der zukünftigen Versager diskriminiert.

Es ist nun die Frage, warum, wenn der Staat höher qualifizierte Arbeits-



kräfte braucht, die Mütter unbezahlt Ausbildungsarbeit leisten sollen. Ferner ist es verwunderlich, warum ÖVP-Kreise nicht schon vor Jahren die diversen Ganz- und Halbtagsinternate bekämpften, sondern vielmehr ihre Kinder in erlesene Eliteschulen schicken (wie z. B. Kalksburg, Lyceum), die als Brutstätten führender Politiker und Geistlicher dienten.

Zugegeben, die Ganztagschule ist keine sozialistische Alternative, sie ist ein Tropfen auf den heißen Stein. Doch wäre es nicht viel sinnvoller, die Errichtung von Ganztagschulen zu bejahen, anstatt sie in ihrer Gesamtheit abzulehnen und die Kritik an der

Gestaltung des Unterrichts der Ganztagschule anzusetzen. Eine Reduzierung der Schülerhöchstzahl zu fordern, die Einstellung von mehr Lehrern (siehe Lehrerstop!), fortschrittliche und realitätsbezogene Lehrbücher (die es in vielen Entwürfen gibt, die aber nicht zum Unterricht freigegeben werden), forcierte Zusammenarbeit von Lehrern und Eltern, kollektive Lerngruppen, Eigengestaltung von Spielplätzen und Schülerzentren, Mitbestimmungsrecht von Schülern in den diversen Entscheidungsgremien usw. Auch das von der "Wochenpresse" zitierte Argument, die Errichtung von Leistungsgruppen führe zur Diskriminierung von schlechteren Schülern, steht auf schwachen Füßen. Will man vielleicht behaupten, durch die Verteilung in verschiedenen Schulen sei die Gleichberechtigung und gegenseitige Anerkennung von Haupt- und Mittelschülern gegeben? Den Herren wäre zu raten, sich einmal bei Schulschluß die Konfrontation beider Schülergruppen anzusehen und anzuhören. Oder drücken die Schimpf- und Schmähworte wie "Geh scheißen du Milchkind!", nicht schon die schützende Ohnmacht gegenüber den zukünftigen Vorgesetzten aus?

Die von Elfie Weiß geforderte Realitätsbezogenheit soll sich in den Lehrinhalten und auch räumlich auswirken. Eine Veränderung ergibt sich nicht durch die Trennung von Haupt- und Mittelschüler in verschiedene Gebäude, sondern durch die Änderung der Produktions- und Klassenverhältnisse. Aber das hat mit der Gesamtschule nicht mehr viel zu tun.

Christl Goldberg



Israel-Uganda:

Aktion 'preiswert' kostet nur 36 Tote

Taktik und Strategie des individuellen Terrorismus ist falsch, weil er nur den öffentlichen Terrorismus mit Unterstützung einer terroristischen Öffentlichkeit stärkt und scheinbar legitimiert - wir haben es immer wieder betont. Die Ereignisse in Uganda bestätigen dies exemplarisch. Sie bestätigen, daß der erpresserische Appell an die kulturhistorisch angeblich gepachtete, durch die Geiselnahme praktisch geforderte Humanität terroristischer Staaten wie Israel einfach naiv oder besser absurd ist.

Terroristischer Staat Israel, Zionismus gleich Rassismus. Starke Worte? Man braucht nicht erst an das Massaker im Westjordanland vom 18. Mai 1976 zu erinnern: zur Zeit des militärischen Überfalls auf ugandesisches Territorium haben israelische Soldaten wieder auf arabische Demonstranten das Feuer eröffnet. Es gab zahlreiche Verletzte und einen Toten. Israel behandelt "seine" Araber wie Südafrika "seine" Schwarzen. Es wird kurzer Prozeß gemacht. Es wird kaltblütig gemordet. Im zionistischen Israel werden arabische Jugendliche, in der südafrikanischen Apartheid-Republik Negerkinder abgeschlachtet, wenn sie nicht parieren. Der bürgerliche Klassenstaat, sieht er seine Grundlagen gefährdet, greift zum Mittel des Terrors, offen oder verdeckt. (In der BRD Berufsverbote und eine entfesselte Polizeigewalt, in Österreich eine Viehzählung besonderer Art der slowenischen Minderheit gegenüber -um die Abstufungen staatlichen und öffentlichen Terrors einmal im eigenen Lebensraum zu benennen. Es gibt Abstufungen.)

Unterstützt wird die Politik des öffentlichen Terrors und Terrorismus von einer terroristischen Öffentlichkeit

via Massenmedien. Von der "Kronen-Zeitung" bis zur "angesehenen" "Süddeutschen Zeitung" herrschte arglose Euphorie über die Militäration Israels. Wo Bedenken anklingen, geschieht es absichtlich, um sie gleich vom Tisch zu fegen. Nussbaumer im "Kurier": "Zwischen Tollkühnheit und unverantwortlichem Risiko ist ihnen auch diesmal das Glück der Tüchtigen treu geblieben. Die Zahl der Toten läßt sich nicht kritisch bewerten - die Alternativen sind durch Israels Aktion nicht mehr gespielt worden." Die Zahl der Toten läßt sich nicht kritisch bewerten. Warum nicht? Weil sie, einmal nach Landesmentalität aufgeschlüsselt, jedem Narrischen "geschenkt" sind. Zwanzig Schwarze (ugandesische Soldaten und Polizisten): ... um die is eh net schad! Ein Dutzend Terroristen: ... die g'hern eh an die Wand g'stöllt. Ein israelischer Offizier: ... der ist den Heldentod gestorben. Einige Geiseln: ... die haben ihr Leben geopfert, damit die anderen freikommen. Das Ganze betitelt: "Mit Mut und Glück."

Auf die Spitze treibt's, wo die Dinge bekanntlich umschlagen, Frau Ilse Leitenberger von der "Presse": "... Terroraktion glatt (und 'preiswert') beendet... "Europa hat also wieder einmal 'mitgesiegt', wie einst beim Sinaifeldzug, wie beim Sechstagekrieg. Es sind eben 'unsere Israeli', und ..." Sinaifeldzug 1956: Überfall Frankreichs und Englands auf Ägypten wegen Verstaatlichung des Suezkanals, Israel "beteiligt" sich auf eigene Faust am Ganzen. Eine glatte militärische Aggression. Die journalistische Preislage dieser Frau ist nur mit imperialistischen Kriegen, Aggressionen, Massakern aufzuwiegen. Sie verrät sich zweifach: in der Form und im Inhalt ihres

Gesudels. "Unsere Israeli", das ist der der Jargon des 1. und 2. Weltkriegs, des Völkermords in Vietnam: "unsere Truppen", "unsere Waffen-SS", "our boys". Sinaifeldzug, Sechstagekrieg und der militärische Überfall auf ugandesisches Territorium, jawohl, sie sind in einem Atemzug zu nennen. Und sie sind Identifikationsobjekte unserer blutrünstigen Bildungsbourgeoisie, auch das ist klar. Selbstentlarvung ohne Ende. Es fehlt nur noch unser braver Bundeskanzler, aber da ist er schon: die völkerrechtliche Seite überläßt er gerne irgendwelchen weltfremden Professoren, ihn interessiert nur der politisch-praktische Teil der Sache, den er ganz in Ordnung findet.

Hoffentlich verstehen es "unsere Israeli" nicht falsch. Sonst könnte es passieren, daß beim nächsten Terroristenüberfall in Österreich der Bundeskanzler sanft wie bisher an eine unblutige Lösung denken, "unsere Israeli" aber die Sache nach ihrer Fassung lenken werden. Sie werden kurz vor Mitternacht mit zwei Boing 707 und einem Herkulesgroßtransporter in Schwechat landen, ein paar Dutzend österreichische Gendarmen erschießen und mit den Geiseln abrauschen. Servas Wien!

Z.P.



Pharma-Industrie:

Österreich ist bei der Pharmaindustrie ein beliebtes Land: In unseren Spitälern läßt sie von den Ärzten tagtäglich neueste Präparate an Patienten ausprobieren. Gegen gute Bezahlung. Ohne, daß die Ärzte die Patienten vorher fragen. Ohne, daß eine übergeordnete öffentliche Stelle prüft, ob diese neuen Präparate überhaupt gebraucht werden. Für solche Tests stellen die Pharmakonzerne den Primarien ganze Labors zur Verfügung.

Vor allem werden in Österreich jene Präparate ausprobiert, für die in anderen Ländern keine Testerlaubnis zu bekommen ist. Der österreichische Patient: ein Versuchskaninchen.

Proteste von österreichischen Ärzten gegen diese Praktiken sind selten.

In der "Arbeiter-Zeitung" lief eine Fortsetzungsserie von Thomas Meisl zu diesem Thema. Dr. Hammer, Akademiker-Vertreter der Pharmaindustrie, kritisierte diesen Bericht aus seiner Sicht, d.h. der Perspektive der Pharmaindustrie. Nachfolgend bringen wir seine Stellungnahme und die Antwort Thomas Meisls, abgedruckt in "EINGRIFFE" (Informationsblatt der Arbeitsgemeinschaft Kritische Medizin und Volksgesundheit) 2. Quartal 1976. Zwecks Klärung der Frage, wo "Sachlichkeit und Wahrhaftigkeit" (Dr. Hammer) angesiedelt ist.

Zuerst der Vertreter der Pharma-Industrie:

"In meiner Eigenschaft als geschäftsführender Obmann der Interessengemeinschaft der in der pharmazeutischen Industrie tätigen Akademiker muß ich jedoch mein größtes Befremden darüber zum Ausdruck bringen, in welcher geradezu unverantwortlichen Weise die pflichtgemäße Obsorge eines Journalisten verletzt wird.

In der Nummer vom 2. März werden Reformvorschläge veröffentlicht, die zum Teil Forderungen beinhalten, die in Österreich seit Jahrzehnten, zum Teil aus der Ersten Republik und zu einem kleinen Teil sogar noch aus der Monarchie, seit langem erfüllt sind. Es sollte eigentlich einem Journalisten, der zu dem gegenständlichen Fachthema publiziert, bekannt sein, daß die sogenannte österreichische

Österreicher

Spezialitätenordnung, die die älteste auf der ganzen Welt ist, in vielen Ländern für die moderne Arzneimittelgesetzgebung Pate stand. Nach dieser Spezialitätenordnung, die bereits in der Ersten Republik gehandhabt wurde und seit 1948 wieder in Kraft ist, existiert eine Arzneimittelkontrollbehörde - früher im Bundesministerium für soziale Verwaltung und jetzt im Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz -, die jedes neue Medikament einem sehr eingehenden, in der Regel zwei bis zweieinhalb Jahre dauernden Registrierungsverfahren unterzieht, bevor eine Zulassung in Form der Erteilung einer Spezialitätenregistriernummer erfolgt. Dieses Registrierungsverfahren ist sehr streng und umfaßt sowohl die medizinische, pharmakologische und toxiologische als auch die chemisch-technische und pharmazeutische und schließlich die preisliche Beurteilung jeder pharmazeutischen Spezialität. Wirksamkeit und Nebenwirkungen werden außerordentlich sorgfältig beurteilt, und die textliche Gestaltung sowohl der Verpackung als auch des Beipacktextes unterliegt einer strengen behördlichen Überwachung, bei der praktisch Auflagen über die erforderlichen Hinweise, Warnungen und Kontraindikationen gemacht werden.

Der § 8 (1) 2 sieht ausdrücklich vor, daß offenkundige Nachahmungen und Wiederholungen bereits zugelassener Spezialitäten abgelehnt werden können, wenn nicht ein Vorteil in technischer oder therapeutischer Hinsicht nachgewiesen werden kann. Dieser Passus steht nicht nur in der Spezialitätenordnung, sondern wird auch, wie sich der Schreiber der Fortsetzungsserie beim Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz überzeugen kann, praktisch gehandhabt.

Die Finanzierung dieser Behörde durch eine Sondersteuer ist entbehrlich, da die Registrierung gebührenpflichtig ist und die pharmazeutischen Erzeuger Untersuchungsgebühren zu entrichten haben, die sich aus dem vorgesehenen Verkaufspreis der Spezialität errechnen. Die von der pharmazeutischen Industrie wiederholt vorgeschlagenen Anhebung der Untersuchungsgebühren und deren Ausrich-

**Deine
Versicherungen
durch**

FRICH MAKOMASKI

Erste Allgemeine
Unfall- und Schadens-Versicherungs-Gesellschaft

Büro: 1040 Wien, Südtirolerplatz 6
Telefon: 65 87 97 / 98 / 99

Privatadresse: 1100 Wien, Alaudgasse 7/29/14
Telefon: 62 14 302

als Versuchskaninchen

tung auf den Schwierigkeitsgrad der Untersuchungsmethoden wurde vom Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz ebenso abgelehnt wie der Vorschlag einer laufenden Registergebühr analog zu den Patentgebühren.

Der geforderte Telephondienst besteht längst in Form der Vergiftungsinformationszentrale an der I. Medizinischen Universitätsklinik, und es wäre für den Gesetzgeber ein überaus einfacher Schritt, diese mehr oder weniger freiwillige Einrichtung in einen offiziellen Status zu versetzen. Ob dabei patientenverständliche Informationen vorteilhaft sind und sich nicht vielmehr zu dem vom Autor geforderten Verbot der Selbstmedikation in Gegensatz befinden, soll hier nicht untersucht werden. Ebenso soll nicht diskutiert werden, ob das praktisch vollwirksame Verbot einer Selbstmedikation realistisch ist und sich mit den Interessen des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger deckt...

In der Gestaltung der Beipackzettel hat die pharmazeutische Industrie sehr geringe Freiheitsgrade, da der Inhalt vorgegeben ist und sogar die Formulierung behördlich festgelegt wird. Jede Änderung, auch in sprach-

licher Hinsicht, bedarf der Genehmigung des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz.

Zu den Punkten einer Uniformierung der Therapie, die in Reformvorschlägen enthalten sind, möchte ich mich nicht äußern, da dies wohl in die Kompetenz der Ärzte fällt. Dagegen möchte ich noch ein kurzes Wort zum Verbot von Medikamententestserien in österreichischen Krankenhäusern sagen: Man kann sie natürlich für Österreich verbieten. Man sollte aber dabei die internationale Bedeutung unseres Miniaturstaates nicht überschätzen, denn der medizinische und therapeutische Fortschritt hängt nicht von Österreich ab und wird auch ohne klinische Pharmakologie in Österreich weitergehen. Allerdings würden zwei Folgen daraus zwangsläufig resultieren, nämlich, daß die österreichische Medizin, die jahrhundertlang ein großes Ansehen in der Welt hatte, auf das tote Geleise internationaler Bedeutungslosigkeit abgeschoben würde, zweitens, daß dann wahrscheinlich Medikamente in Österreich erst dann den Patienten zur Verfügung stehen, wenn sie in unterentwickelten Ländern bereits durch neuere bessere Präparate ersetzt würden.

Die Durchführung klinischer Prüfungen ist ja nicht ein Willkürakt der pharmazeutischen Industrie, sondern die Erfüllung gesetzlicher Auflagen, die letztlich im Interesse der Sicherheit des Patienten liegen. Jener, der fordert, daß neue Medikamente vor der Registrierung nur mit Zustimmung des Patienten, nach der Registrierung aber ohne Zustimmung des Patienten angewendet werden, gibt zu erkennen, daß er von der Realität keine blasse Ahnung hat, denn bei jeder Krankheit spielt die Psyche eine ganz entscheidende Rolle. Es wäre sehr simpel, den Schwarzen Peter der Verantwortung dem Patienten zuzuspielen, der möglicherweise in einer verzweiferten Lage doch gar nicht entscheiden kann, was ihm hilft. So groß sollte doch das Vertrauen zum Arzt noch sein, daß dieser auf Grund seines Fachwissens selbst dann, wenn man ihm, wie dies in der Artikelserie geschieht, die ethische Grundlage zu entziehen versucht, am besten weiß, wie er seinem kranken Patienten helfen kann. Man kann ja auch einen Bewußtlosen nicht fragen, ob man ihm künstlich beatmen darf oder nicht, und tut dies einfach in Erfüllung der bis heute ja Gott sei Dank noch nicht zur Diskussion stehenden ärztlichen Verpflichtung, Leben zu erhalten, Krankheiten zu heilen und Leiden zu lindern. Wer jemals mit klinischen Prüfungen zu tun gehabt hat, weiß, wie stark man die Objektivität der Befunde beeinflussen kann, wenn man den Patienten unnötig verunsichert.

Gesellschaftspolitische Veränderungen herbeizuführen oder zu verhindern, ist ein - meiner Meinung nach - legitimes Recht, doch sollte bei einem so schwerwiegenden Thema der Boden der Sachlichkeit und der Wahrhaftigkeit nicht verlassen werden.

Dr. Norbert Hammer"

Dazu die Antwort der KRITISCHEN MEDIZIN:

"Herr Dr. Hammer von der Pharmaindustrie wirft der Medizin-Serie Unsachlichkeit vor. Seine Sachlichkeit genügt uns auch nicht. Den Unterschied zwischen seinem Brief und unserem Artikel wollen wir einmal festhalten: Er will dort was zudecken, wo wir etwas aufdecken müssen:



In Zukunft geben Sie dem Patienten lieber etwas kleinere Dosen von dem neuen Präparat, Schwester



- Herr Dr. Hammer unterschätzt uns: Er wird doch nicht im Ernst glauben wollen, daß uns die Arzneimittelkontrollbehörde im Gesundheitsministerium nicht bekannt war. Weil die uns so gut bekannt ist, ist sie uns viel zu wenig.

Diese Behörde überprüft vor allem jene Medikamente, die am österreichischen Pharmamarkt neu zugelassen werden sollen: Etwa 250 neue Präparate erhalten jährlich diese Neuzulassung. Etwa ebensoviele werden jährlich aus dem Handel gezogen.

Zur Klarstellung: Herr Dr. Hammer ist Vertreter der pharmazeutischen Industrie: Ihn kümmert vor allem die Zulassung immer wieder neuer Präparate am Markt, damit das Geschäft weiter floriert. Wir versuchen die Interessen der Patienten zu vertreten: Wir kümmern uns daher vor allem um die Arzneimittelsicherheit, das heißt um die Arzneimittelsicherheit, das heißt um die Verschreib- und Einnahmebedingungen aller in Österreich am Markt zugelassenen und gehandelten Präparate.

- In Österreich werden heuer mehr als 7 000 verschiedene Medikamente gehandelt. Die jetzt bestehende Kontrollbehörde ist vielleicht noch der Zulassung neuer Präparate gewachsen. Rezeptur durch den Arzt und Konsum einmal zugelassener Präparate verlaufen in Österreich aber fast unkontrolliert.

Für die Kontrolle der mehr als 7 000 Präparate in Österreich sind (wohlmeinend gerechnet) gerade 20 Leute verantwortlich. Wie wenig das ist, zeigt ein Gegenbeispiel: In Schweden gibt es 2 500 zugelassene Präparate. Die werden aber von mehr als 150 Leuten registriert und laufend überprüft.

- Uns geht es vor allem um eine größtmögliche Arzneimittelsicherheit. Und von der kann in Österreich keine Rede mehr sein: Erstens sind in Österreich noch immer viele alte, in ihrer Wirkung längst fragwürdig gewordene Präparate am Markt. Das Pharmastandardwerk von Good-

man und Gilman schreibt zum Beispiel über Strychnin: "Es gibt keine vernünftige Verwendung von Strychnin in der Therapie, und daher auch überhaupt keine Rechtfertigung für einen Strychningehalt bei Markenpräparaten. Strychnin werden Eigenschaften zugeschrieben, die es gar nicht besitzt, oder nur dann besitzt, wenn es in giftigen Dosen angewandt wird."



In Österreich sind zwei Strychninreinepräparate und neun Strychninmischpräparate am Markt.

Zweitens will die Werbung und der Beipackzettel immer den Eindruck erwecken, daß Medikamente sehr viel nützen, aber nur sehr wenig schaden können. Den gesamten Arzneimittelmißbrauch halten wir vor allem für einen Reflex auf diese dauernden Verschleierungen. Mit dem Nutzen von Medikamenten wirbt sich's halt leicht. Mit den Schäden der gleichen Medikamente ist kein Geschäft zu machen.

Drittens wird von vielen Apotheken in Österreich laufend die Rezeptpflichtigkeit umgangen. Präparate, die der Arzt verschreiben müßte, deren Einnahme er zu regeln und vor deren Nebenwirkungen er zu warnen hätte, werden von den Apothekern oft auch ohne Rezept verkauft. Das hebt bestimmt den Apothekerverkauf, Die Arzneimittelsicherheit senkt es noch viel mehr.

Viertens bedeuten noch so viele Tests und Kontrollen vor der Zulassung noch lange nicht, daß das Medikament sicher nicht schädlich ist. Zum Beispiel der Appetitzügler "Menocil". Anstandslos hat er alle Überprüfungen passiert. Nach drei Jahren mußte er trotzdem aus dem Handel genommen werden: Die "Schwei-

zer Medizinische Wochenschrift" konstatierte für den Zeitraum von 1966 bis 1969 148 tödliche Lungenerkrankungen. Fast alle wurden verursacht durch die vorschriftsmäßige Einnahme von Menocil. Lungenerkrankungen führen entweder zu einer tödlichen Herzüberlastung oder zum Erstickungstod. Zahlen über die Menocil-Opfer in Österreich sind nie öffentlich diskutiert worden. Menocil-Opfer lie-

gen heute noch in unseren Krankenhäusern. Und sterben an einer Krankheit, die vorher fast nie aufgetreten ist.

Um zusammenzufassen: Die neue Behörde, die wir uns vorstellen, hätte vor allem den Bereich zwischen Medikament und Patient zu kontrollieren. Um die Arzneimittelsicherheit sicherzustellen. Herr Dr. Hammer lobt die heutigen Zustände. Kennt er sie nicht oder will er sie nicht kennen?

- Herr Dr. Hammer lobt auch die "streng behördliche Überwachung" bei der Formulierung von Beipackzetteln. Wir halten diese Überwachung vor allem für einen faulen Kompromiß zwischen den Umsatzinteressen der Pharmaindustrie und den Sicherheitsvorschriften der Kontrollbehörde. Überhaupt unklar ist, für wen Beipackzettel geschrieben werden: Für den Arzt als wissenschaftliche Information? Oder für die Patienten als Gebrauchsanweisung? Beiden Ansprüchen genügt der Beipackzettel nicht: Den Arzt informiert er zu wenig, und den Patienten verwirrt er. Wenn Arzt und Patient ihn überhaupt lesen. "Echnatol" ist ein Präparat gegen Reisekrankheit und Erbrechen. Auf dem Beipackzettel werden als "Vorteile von Echnatol" groß angekündigt:

"Rascher Wirkungseintritt, keine Nebenerscheinungen, in therapeutischen Dosen praktisch un-
toxisch, für alle Altersstufen
geeignet."

Ganz am Schluß des Beipack-
zettels steht harmlos ein "Hin-
weis": "Darf von Kindern unter
drei Jahren und von Schwangeren
nur über ärztliche Anordnung
genommen werden."

Im Gerichtsmedizinischen Insti-
tut in Wien lagen bereits tote
Kinder, von Echnatol vergiftet.
Und der Vergiftungsinformations-
zentrale sind noch weitere 15
Vergiftungsfälle in kaum zwei
Jahren bekanntgeworden. Die
Dunkelziffer der Echnatolver-
giftungen schätzen Toxikologie-
Spezialisten noch weitaus höher
ein. Echnatol ist rezeptfrei.
Kein Arzt kann vor ihm warnen.
Wir halten "Hinweise" dort für
unverantwortlich, wo gewarnt
werden muß.

- Herr Dr. Hammer zitiert den
Paragrafen 8 der "Österreichi-
schen Spezialitätenordnung":
"Zur Zulassung nicht geeignet
sind insbesondere solche Zube-
reitungen, die offenkundige
Nachahmung oder Wiederholung
von in Österreich registrierten
Spezialitäten sind, sofern nicht
eine Verbesserung in technischer
oder therapeutischer Hinsicht
nachgewiesen wird."

Herr Dr. Hammer kennt diesen
Paragrafen. Wir kennen ihn
auch. Und beide wissen wir,
was er wert ist: nämlich wenig.
In Österreich wimmelt es nur
so von Mehrfachpräparaten, bei
denen von einer "Verbesserung
in technischer oder therapeuti-
scher Hinsicht" keine Rede sein
kann:

Herr Dr. Hammer ist leitender
Angestellter der Firma Bender
& Co., einer der größten Medi-
kamentenherstellungs- und
-vertriebsfirmen in Österreich.
Es hat genügt, nur ein Präparat
seiner Firma auf gleiche oder
ähnliche Präparate zu überprüfen:
Bender stellt "Beromycin" her,
ein Präparat, das 400.000 Inter-
nationale Einheiten (IE) Kalium-
Phenoxymethylpenicillin enthält.
Aber auch die österreichische
Firma Biochemie vertreibt

"Ospen", ebenfalls 400.000 IE
des gleichen Substrats. Und
Hoechst Austria vertreibt "Clia-
cil-Tabletten" mit 600.000 IE
des gleichen Substrats. Die Fir-
ma Novo-Kopenhagen vertreibt
Phenoxypen-Dragees in zwei
Ausfertigungen: Mit 250.000 IE
und 500.000 IE des gleichen
Substrats, und die Firma Sanabo-
Wien vertreibt Star-Tabletten mit
600.000 IE wiederum des gleichen
Substrats.

Was zu beweisen war: Die bes-
ten Paragraphen nützen dann
nichts, wenn die Industrie nicht
will.

Den Paragraphen 8 unterläuft
die Pharmaindustrie durch kleine
Dosisabänderungen, durch die
Forderung nach einer "Paletten-
erweiterung" und die Änderung
der Wirkstoffverhältnisse bei
Mischpräparaten. Diese Milli-
grammtricks gefährden die Arz-
neimittelsicherheit.

- Herr Dr. Hammer versteht uns
nicht: Wir fordern ein Verbot
der Selbstmedikation (von weni-
gen Ausnahmen vielleicht abge-
sehen), weil heute kein Patient
der Kompliziertheit von Wirkung
und Nebenwirkung, der Ein-
schätzung von Indikation und
Kontraindikation gerecht werden
kann. Zugleich brauchen wir
aber rasch eine leicht zugäng-
liche Informations- und Bera-
tungsmöglichkeit für die Patien-
ten, weil der Arzt allein heute
die Arzneimittelsicherheit nicht
mehr gewährleisten kann.

Die Vergiftungsinformationszen-
trale an der Klinik Deutsch ist
ein gutes Beispiel für rasche,
unbürokratische Information und
Beratung. Für eine Arzneimittel-
information ist sie trotzdem un-
zuständig, weil sie weder per-
sonell noch ihrer Ausrüstung

nach in der Lage ist, über alle
in Österreich registrierten Medi-
kamente umfassende und patien-
tenfreundliche Auskunft zu geben.
Denn nicht jede Medikamenten-
einnahme ist gleich ein Vergif-
tungsfall.

- Herr Dr. Hammer unterstellt
uns, wir würden ein Verbot von
Medikamententestserien in öster-
reichischen Krankenhäusern for-
dern. Da hat er uns weniger
genau gelesen, als wir ihn. Wir
fordern nur ein Verbot jener
Testserien, die mit unwissenden
Patienten durchgeführt werden.
Er will in seinem Brief den un-
informierten Patienten, um die
Sicherheit der Forschung zu ge-
währleisten. Wir wollen genau
das Gegenteil: Den Patienten
informieren, um endlich die
Unsicherheit dieser Forschung
aufzudecken. Dr. Hammer ver-
wechselt zwei Dinge: Informa-
tion und Verunsicherung. Der
Bewußtlose, den niemand fra-
gen kann, ob man ihn künst-
lich beatmen darf, ist ein
schlechtes Beispiel: Noch sind
nicht alle Patienten bewußtlos.

Dr. Norbert Hammer ist einer der
einflußreichsten Vertreter der Pharma-
industrie in Österreich, wohleinge-
führt in die gesundheitspolitischen
Kreise. Er müßte alles wissen über
die Praktiken der Pharmaindustrie.

Wir wissen noch nicht alles über
deren Praktiken. Aber was wir wis-
sen, schreiben wir auch. Und was
wir schreiben müßte Dr. Hammer
doch auch gewußt haben. Wer sei-
nen Brief liest, könnte meinen, er
würde weniger als wir. Oder aber
schreibt er nicht alles, was er weiß.

Dr. Hammer hat uns Unsachlichkeit
vorgeworfen. Wir haben ihm seine
nachgewiesen.

Thomas Meisl" ★

HEINZ KOLISCH
LIEBIGASSE 9
43 21 21
1010 WIEN

BOOK POWER



Der Feminismus und die Linke

OL: Glaubst Du nicht, daß durch die zweifellos wichtigen persönlichen bewegung besteht, zu einem "gehobenen Kaffeekränzchen" zu werden? enen Kaffeekränzchen" zu werden? Woher nehmen die diversen Frauen ihre Einschätzungen und Kenntnisse über politisch wichtige Situationen? Woraus lernen die Frauen politisch denken und die Klassenzusammenhänge zu begreifen? Sich in politischen Situationen - siehe Streikbrechen - richtig zu verhalten?

AS: Tja, das sagt man im allgemeinen zu einer Frauenbewegung, daß sie ein Kaffeekränzchen ist. Daß sie keines ist, das sehen wir im Moment. Ich denke, daß die Linke darunter leidet, daß sie einen sehr engen und verkrüppelten Politikbegriff hat. Politisch denken und politisch handeln - es gibt Dinge, die sehr politisch sind und doch heute nicht als politisch begriffen werden. Ich will ein kleines Beispiel nennen: Vor zwei Jahren ist in einer Fabrik in Berlin bei Krone, wo Telefonapparate gebaut werden, eine jugoslawische Arbeiterin ausgeflippt, die hat Paranoia bekommen und hat überall Abhörgeräte gesucht. Das ist eine sehr naheliegende Reaktion auf die jahrelange Fließbandarbeit an den Telefongeräten. Das Ausflippen hat dann ansteckend gewirkt auf die ganze Abteilung; da waren 80 Frauen, die alle sogenannte hysterische Anfälle bekommen haben, d.h. sie haben geschrien und geweint, und dann hat man ihnen ein zu starkes Beruhigungsmittel gegeben - die Ärzte und Krankenschwestern spielen da eine bestimmte Rolle als Kontrolle in diesen Betrieben, und dann kriegen die Leute ganz einfach ihr Beruhigungsmittel verpaßt, und alles ist wieder gut. Nur durch die zu hohe Dosis Beruhigungsmittel, die dann bei einigen Frauen Krämpfe auslöste, ist die Sache überhaupt erst an die Öffentlichkeit gekommen. Sonst wäre das eines von vielen der alltäglichen Vorkommnisse in der Fabrik gewesen. Und die Reaktion der Linken, der Gewerkschaft und auch der linken Betriebsgruppe, die dort seit Jahren eifrig radikale Basisarbeit leistet, war einfach: Die Frauen sind

ausgeflippt, das sind hysterische Weiber. Ich habe dort selbst recherchiert und war an einem Montag dort, nach den Vorfällen am Freitag; da gingen die Frauen, denen es selbst sehr peinlich war, daß sie so hysterisch waren, schön brav wieder an ihr Fließband und es war ihnen selbst, wie gesagt, alles sehr peinlich und sie haben weitergearbeitet. Mit diesem Beispiel will ich klar machen, daß Frauenprotest andere Formen annimmt, Hysterie z. B.; Frauen können sich gar nicht anders ausdrücken als durch ihren Körper. Ein Arbeiter, der genug hat beim Krone, der wirft die Klamotten hin und sagt dem Meister: "Jetzt bin ichs leid". Wenn sich die anderen dann anschließen, wird das ein Arbeitskampf, und dann kommt die Gewerkschaft gerannt und versucht noch schnell auf den fahrenden Zug zu springen, und dann kommt die Basisgruppe gerannt und freut sich, daß sie da etwas zu kanalisieren hat und wird also den Genossen eifrigst Flugblätter in die Hand drücken, die ihnen sagen, was sie von all dem zu halten haben, oder wird versuchen, ihren Teil beizutragen. Aber wenn Frauen hysterisch werden und ausflippen, dann wird es von ihnen selbst nicht als Protest gegen ihre Arbeits- und Lebensbedingungen begriffen, gegen die sie eben keine andere Möglichkeit haben als die der Hysterie, die ihnen zugewiesen ist. Wenn eine Hausfrau genug hat, schmeißt sie Teller an die Wand, etwas anderes kann sie gar nicht machen. Ihre Formen des Protestes werden auch von der Linken nicht als solche begriffen, sondern werden als kleine Frauensachen diffamiert. Wir, die Frauenbewegung, haben in den letzten Jahren, finde ich, erstaunlich viel und erstaunlich Kreatives zur Analyse der spezifischen Ausbeutung, der spezifischen Betroffenheit und der spezifischen Reaktionen von Frauen beigetragen. Und ich denke, daß die Linke in der nächsten Zeit verdammt viel zu tun haben wird, um all das noch nachzuholen, zu lesen, zu lernen, und die Augen und Ohren weit aufzumachen, denn wir haben eine Menge zu sagen,

auch zu dem, was angeblich die Linke so interessiert. Es ist nicht an uns, dort wieder hinzurennen und deren Sprüche, die ja nicht zufällig die Menschen so wenig erreichen, nachzubeten. Wir haben hier zu arbeiten und tun das auch und mein Problem ist nicht, daß ich Angst habe, daß der Klassenaspekt oder die linke Sache, wie immer Du das nennen magst, dabei zu kurz kommt. Ganz im Gegenteil. Was mich sehr ärgerlich macht, ist, daß es sich bei den Fragen aus der Linken - wobei ich sage, der männerdominierten Linken, die Frauenbewegung gehört ja großteils auch zur Linken - immer um dieselben Fragen handelt, seit Jahren; ich habe, wenn ich mir das so anhöre, vor fünf Jahren dieselben Fragen gehört wie heute; die haben nichts dazugelernt, obwohl inzwischen sehr viel passiert ist. Ich sehe auch bei Diskussionen, wie bei der im "Z"-Club, wenn Linke reden, daß die mit bestimmten Klischees kommen; die haben auch von mir nichts gelesen - sie müssen von mir nichts lesen, das ist keine Pflichtlektüre - aber wenn man nun hingehet, um eine Schwarzer zu kritisieren, ist es vielleicht nicht schlecht, auch einmal zu gucken, ob das Klischee, das man von einer Feministin im Auge hat, auch mit dem übereinstimmt, was sie so schreibt und sagt. Es entstehen dann diese aberwitzigen Situationen, die eigentlich sehr entlarvend sind, und sehr gut sind; und die Menschen, die da sind, merken, was für ein Klischee sie im Kopf haben, das mit dem Menschen, mit dem sie sich angeblich auseinandersetzen wollen, überhaupt nicht übereinstimmt. Dann sage ich also eine halbe Stunde meine Sachen, und dann steht einer auf und läßt sein vorprogrammiertes Ding los, und unterstellt mir genau das Gegenteil von dem, was ich gerade gesagt habe, weil das Gegenteil sein Klischee ist. Das ist dann immer sehr fatal für die Person, den Genossen oder die Genossin, weil alle Leute das natürlich merken; die sind nicht so dumm, die können auch noch zuhören. Das zeigt mir, mit welcher Borniertheit die meisten Linken an

die ganze Frauenfrage weiter herangehen, obwohl es partiell anfängt, hie und da aufzubrechen. Ich muß sagen, je länger ich als Feministin arbeite, desto weniger bin ich gewillt, mich auf dieser Ebene überhaupt noch auseinanderzusetzen. Meine ersten Arbeiten waren z. B. viel verbindlicher und viel versöhnlicher als meine jetzigen, und ich bin fest überzeugt, daß, wenn die klassische Linke weiter so borniert bleiben wird, der Konflikt sich verschärfen wird, und sich verschärfen muß; ich bin da auch dafür. Wenn Leute aber etwas verstehen, so ist das umso besser; ich suche nicht den Konflikt, mir tut es um jeden Konflikt, der zusätzlich da ist, leid.

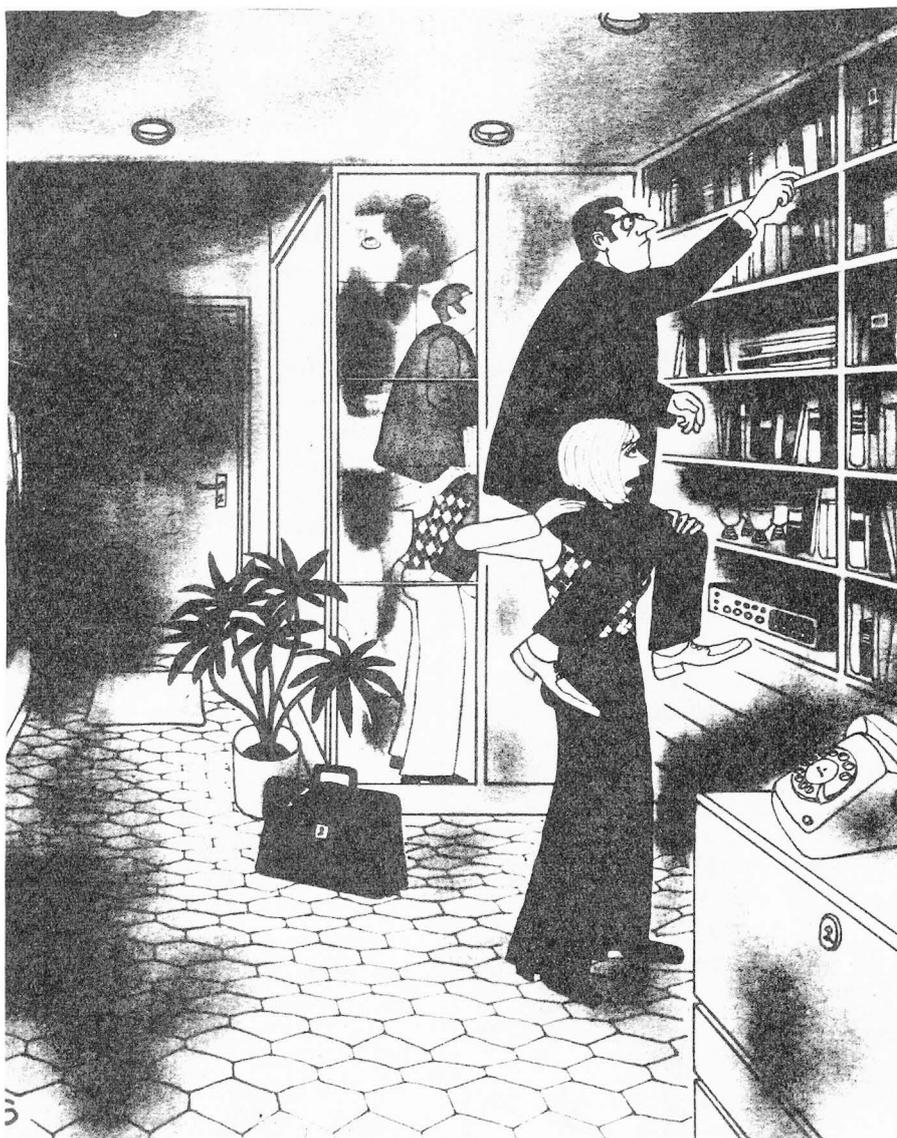
OL: Ja, wenn bei einer Diskussion wie im "Z"-Club die sogenannten linken Genossen idiotische Fragen

vor allem auf sexuellem Gebiet an Dich richten, liegt das nicht daran, daß die Sexualität in unserer Gesellschaft tabuisiert ist, und daß man bei solchen Gelegenheiten seinen geilen Fantasien freien Lauf lassen darf?

AS: Nein, das ist es noch nicht einmal. Es ist eher so, wie ich es mit einem Beispiel zeigen kann: Ich habe so einen Genossen aus dem "Z"-Club noch im Ohr. Dort habe ich also eine halbe Stunde eingehend geredet, habe auch gesagt, welche Rolle für mich der Klassenwiderspruch spielt. Natürlich habe ich ein etwas anderes Vokabular, was es wahrscheinlich auch so schwierig macht. Nicht nur ist die Linke eine männerdominierte Linke und hat daher auch einiges der Frauenbewegung gegenüber zu verteidigen, sondern es ist auch so,

daß die Frauenbewegung, und ich vor allem, sich zunehmend weigern, mit dem gängigen Reizvokabular zu arbeiten. Ich drücke die Dinge anders aus, der Bruch zwischen der Sprache, mit der ich lebe, und der Sprache, in der ich schreibe, ist nicht sehr groß; ich würde sagen, es ist überhaupt kein Bruch da. Ich versuche so zu schreiben, wie ich rede und wie ich lebe, und gehe also an diese Inhalte mit denselben Worten heran. Da ich also das Reizvokabular oder bestimmte Begriffe nicht immer wieder so hinwerfe - die hat man erst einmal zu liefern, dann darf man weiter machen - begreifen die Jungen oder auch Mädchen einfach nicht; die müssen zuerst das und das Wort hören, und wenn sie das nicht hören, sind sie nicht fähig, in anderen Worten oder anderen Formulierungen dieselben Inhalte zu erkennen. Zurück zum Beispiel: Im "Z"-Club ist dann eben passiert, daß einer nach einer halben Stunde aufgestanden ist und sagte, ja, wenn ich dich jetzt richtig verstanden habe - das hat er sich sicher die ganze Zeit vorher schon vorgenommen - wenn ich dich also richtig verstanden habe, dann hältst du den Klassenkampf für unnötig. Daraufhin schnaufte selbst die letzte Maus im Raum und guckte völlig empört - immerhin, das sind ja immer Eigentore von den Jungen.

Deswegen werde ich auch immer souveräner in diesen Dingen, weil mich das wirklich nicht stört; es schauen auch alle Leute ganz empört und sagten, du spinnst wohl, oder so, weil ich doch die ganze Zeit das Gegenteil gesagt hatte. Also so läuft es immer und ich mache dann immer Erfahrungen, die die Frauenbewegung grundsätzlich macht, und die sollten uns eine Menge lehren. Ich habe auch die Reaktionen gesehen, das möchte ich als letztes noch dazusagen, ich bin ja jetzt im November und Dezember sehr viel durch die Gegend gerast und habe auch sehr viel diskutiert, unter anderem auch, um die Etikettierung so zu unterlaufen, und ich habe eigentlich gesehen, daß die Schlimmsten in den Diskussionen die Genossen waren. Schlimmer als alle anderen. Wenn ich jetzt sage, die Genossen, dann sage ich das einmal so pauschal, auf Personen bezogen, die ein bestimmtes Auftreten haben und sich als Genosse



Ich bestreite gar nicht, daß du der Herr im Haus bist - trotzdem geht mir die allabendliche Staubkontrolle auf die Nerven!

Für eine Solidarität

oder auch Genossin betragen. Ich habe immer versucht, und werde das auch weiter tun, so zu reden, daß es für alle Leute maximal verständlich ist, und auch möglichst wenig repressiv, im Auftreten und im Verhalten. Es sollen die Leute ermutigt

werden, auch zu reden. Das ist besser, als so groß aufzudrehen, daß

sowohl aufgrund des Auftretens als auch der Sprache alle nur sagen können: "Na die da oben, die kann das halt, da muß man das Maul halten" und vielleicht anschließend noch einmal schüchtern fragen und dann nach Hause gehen. Gut, dann sind die Genossen da, mit der von mir eben beschriebenen Borniertheit, und man kann dann sicher sein, daß, wenn sich ein paar zusammengetan haben mit der finsternen Absicht, das auf jeden Fall kaputt zu machen, koste es, was es wolle, es ihnen zumindest gelingt, die Atmosphäre empfindlich zu stören. Es ist nämlich

so, daß diese Auftritte, die klassischen Genossenauftritte, sehr zynisch sind. Zynisch sind einmal in der Ignorierung der Menschen, die anwesend sind, deren Erfahrung, deren Interessen, deren Ängste und Bedürfnisse sie nicht interessieren. Sie kommen an mit einem Ding und diese Klammotte müssen sie dann durchziehen, und dann stehen sie auf und tun das in einer Sprache, die diesen ganzen Zynismus, diese Menschenverachtung ausdrückt. Und das spüren die Leute. Ich denke, daß sich die Linke immer Fragen stellen sollte, in bezug auf Frauen, in bezug auf sich selbst - es ist nicht nur ungeheure Menschenverachtung, zu denken, die anderen sind zu dumm, um zu begreifen; man soll sich auch fragen, vielleicht liegt es an meinen Inhalten oder meiner Art, mich zu vermitteln. Ich kann sehr gut verstehen, daß ein Arbeiter, wenn er abends völlig abgeschafft aus der Fabrik kommt und ihm dann einer mit einer roten Fahne etwas auf Parteichinesisch entgegenquasselt, dann sagt: "Geh doch rüber!" Die Leute spüren den Zynismus, die fühlen sich verarscht und funktionalisiert. Solche Sachen mache ich nicht mit; für mich ist auch nicht alles links, was sich links nennt. Ich bin auch nicht gezwungen und bin nicht gewillt, mich mit allem auseinanderzusetzen - da habe ich besseres zu tun. ★

Zu Pfingsten fand in Frankfurt der Kongreß gegen politische Unterdrückung und ökonomische Ausbeutung statt. Er wurde vom Sozialistischen Büro Offenbach ("links") vorbereitet und war von etwa 20.000 Genossen besucht, worunter sich auch zahlreiche ausländische Delegationen befanden.

Der Kongreß war der Höhepunkt einer vom SB (Soz. Büro) langfristig geführten Kampagne gegen die Repression in der BRD. Ihr Ziel sollte die Solidarisierung der Betroffenen und die Solidarität mit den Betroffenen herbeiführen und in konkrete Gegenstrategien umschlagen. Die Ergebnisse dieser Kampagne sollten in den einzelnen Arbeitsgruppen während des Kongresses formuliert, die Organisation von Gegenmaßnahmen diskutiert werden.

Um die Perspektiven dieser Bewegung einschätzen zu können, ist es

zweckmäßig, sich noch Einmal die deutsche Szene der letzten zehn Jahre zu vergegenwärtigen. Die Kampagne knüpft an dem als "Berufsverbot" bekannten Ministerpräsidentenerlaß im Jänner 1972 in der BRD an. Dieser Erlaß richtet sich gegen die Beschäftigung von sogenannten "Radikalen" im öffentlichen Dienst. Dieser Erlaß hat eine konkrete Vorgeschichte: Die SPD befand sich damals in einer Zwickmühle. Schon in den 60iger Jahren deutete sich eine starke Finanzkrise des Staates (und das nicht nur in der BRD) an. Die Einrichtung einer Regierungskoalition SPD/FDP sollte die massiv aufgebrochenen politischen und ökonomischen Kon-

flikte abfangen. Es zeigte sich jedoch, daß auch die SPD nicht in der Lage war, mittels ihres "Ökonomischen Krisenmanagements" Krisen zu verhindern. Die Staatsfinanzen wurden für Subventionen der Unternehmen verwendet, nach dem Motto: Wenn das Kapital Gewinne macht, gehts den Arbeitern gut. Und das mit der Illusion, die Regierung könnte dadurch in die Wirtschaft "lenkend" eingreifen. Die Mittel für diese Subventionen versuchte man durch Erhöhung der Steuern (Mehrwertsteuer), durch den Abbau von Sozialleistungen (Bildungssektor) und schließlich durch Einsparungen im öffentlichen Dienst mittels einer Reorganisation des Staatsapparates zu bekommen. Diese Belastungen erforderten andererseits wieder ein "Politisches Krisenmanagement" um zu verhindern, daß aus der drohenden ökonomischen Krise eine Krise des politischen Systems - und damit der SPD - würde, wie es sich schon 1968 in den Studentenunruhen und in den Terroranschlägen der Baader-Meinhof-Gruppe (der späteren RAF) abzuzeichnen begann. Zur Befriedung der gesellschaftlichen Konflikte diente (und dient) vor allem die Sozialpartnerschaftsideologie. Die Gewerkschaftsfunktionäre sollten auf die kapitalistische Gesellschaftsordnung verpflichtet werden. Gleichzeitig baute man Feindideologien auf - etwa die "Öländer", die an dieser Krise mit ihrer großen Arbeitslosigkeit schuld sein sollten.

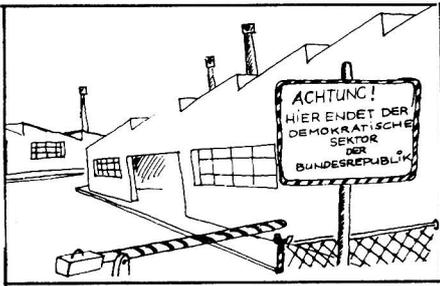
Die Einsparungen im öffentlichen Dienst und im Bildungssektor (Nunus Clausus) führten jedoch zu einer deutlichen Linksentwicklung der kritischen Intelligenz - eine gefährliche Entwicklung, da gerade dieser Staatsapparat notwendig war, um mittels seines "Staatsinterventionismus" der sinkenden Profitrate des Kapitals entgegenzuarbeiten.

Ein Verbot kommunistischer Parteien (wie 1956) konnte damals anlässlich der beginnenden neuen Ostpolitik nicht in Frage kommen. Deshalb schritt man zur juristischen Konzeption der "Verfassungstreue" bzw. des "Verfassungsfeindes".



desozialistischen Büros in der BRD

der Beleidigten und Ausgebeuteten



Die SPD konnte darauf vertrauen, daß die Einschränkung der Privilegien der Staatsdiener in der Bevölkerung durchaus zu vertreten sein werde, und sie damit den Protest als ungerechtfertigt hinstellen könnte (Dafür spricht, daß die Abweisungen in letzter Zeit nicht mehr politisch begründet werden, sondern einfach mit dem Argument: wir haben keine freie Stelle für Sie. Hier dann zu zeigen, daß es sich eigentlich um ein Berufsverbot handelt und daß die Akte des Verfassungsdienstes in der Schublade liegen, ist erheblich schwerer.). Zu dieser planvoll eingeleiteten politischen Isolation aller "Linksextremisten" boten natürlich die Aktionen der "RAF" und des "2. Juni" einen willkommenen Anlaß. Die SPD konnte damit die Einschränkung der Privilegien als nicht nur dem "Allgemeinwohl dienlich" hinstellen, sondern gleichzeitig auch auf die notwendige Bekämpfung "antidemokratischer Kräfte" hinweisen.

Es hat sich dann auch gezeigt, daß innerhalb der bürgerlichen Presse das Berufsverbot auch in dieser Art und Weise verteidigt wurde. Damit wurde aber auch die berechtigte Kritik der Linken disqualifiziert. Sie wurde isoliert, mit dem Image des "Staatsfeinds" belegt, um zu verhindern, daß ihre Kritik an der momentanen kapitalistischen Entwicklung auch auf andere gesellschaftliche Bereiche übergreift.

Denn es ist ja nicht so, daß sich die politische Unterdrückung nur auf die Intelligenz beschränkt. Die Intelligenz hatte nur bisher mehr Freiräume (Universitäten usw.) die es ihr erlaubten sich politisch zu betätigen. In den Betrieben war dieses Recht

auf politische Betätigung und freie Meinungsäußerung schon von jeher eingeschränkt, durch die Drohung einer jederzeit möglichen Entlassung. Die Situation ist hier noch viel schärfer, denn die derzeitige Welle von Rationalisierungen und Arbeitsintensivierungen ist begleitet von einer stark ansteigenden Arbeitslosenrate. Je mehr Arbeitslose es aber gibt, desto mehr "Zivilcourage" erfordert es dann, sich gegen solche Maßnahmen zu organisieren, will man selbst nicht auch den Arbeitsplatz verlieren.



Daran zeigt sich, daß es in der BRD verschiedene Ausgangslagen gibt, um sich gegen die allgemein zunehmende Repression zu wehren – die erst miteinander in Verbindung gebracht werden müssen, will man eine allgemeine Solidaritätsfront, einen Kampf auf allen gesellschaftlichen Ebenen erreichen. Rudi Dutschke forderte auf dem Kongreß die "Einheit von Ausgebeuteten und Beleidigten". Er meinte damit, daß der Kampf nicht nur alleine gegen die neu aufgetretene Unterdrückung der Linken im Staatsdienst richten darf – das wäre höchstens ein Kampf von Intellektuellen, die beleidigt sind, ihre politischen Freiräume zu verlieren. Ein derartiger Kampf würde höchstens noch tiefer in die Isolation der Linken führen. Will man aber die Repression wirksamer bekämpfen, so sollte man den Kampf nicht auf einen, eher abgehobenen Teil der Gesellschaft beschränken, sondern muß versuchen, der Bewegung eine

Stoßrichtung zu geben, an der sich alle beteiligen können, weil alle betroffen sind. Das heißt, man kämpft nicht nur gegen das Berufsverbot der Linken (die in der Öffentlichkeit als staatsfeindliche Extremisten hingestellt werden) sondern wendet sich hauptsächlich gegen die allgemeine schleichende Repression in den Betrieben, in den Gewerkschaften, in den Schulen. Gegen eine Repression, die nicht so einfach aufzuzeigen ist, weil es hier keine "Radikalenerlässe" gibt, die aber gerade weil sie nicht so deutlich ist, weil sie uns unbewußt unterdrückt, weil wir sie nicht fassen können, umso schmerzhafter ist. Gegen ein offenes Berufsverbot kann ich auf die Straße gehen, aber was tue ich gegen den ständigen Leistungsdruck, das Tempo am Fließband, die Konkurrenz des Arbeitskollegen – oder die Angst, den Arbeitsplatz zu verlieren und dann vielleicht noch eine Familie ernähren zu müssen?

Das SB hat diesen Widerspruch erkannt, fordert es doch seit Jahren die politische Arbeit in den Betrieben und innerhalb der Gewerkschaft. Nicht zufälliger Weise gab es statt eines Kongresses gegen das Berufsverbot einen Kongreß gegen politische Unterdrückung und ökonomische Ausbeutung. Nicht zufällig gab es Arbeitsgruppen zu allen Bereichen der Gesellschaft: Betrieb und Gewerkschaft, Öffentlichkeit und Medien.





Schule, Hochschule, Antimilitarismus etc. Man versuchte zumindest verbal durch die Betonung der Gleichheit der Interessen der Lohnabhängigen und einer ihrer Privilegien beraubten lohnabhängigen Intelligenz eine Solidarisierungsmöglichkeit, eine Aufhebung der Isolation zu bewerkstelligen.

So wurde im Arbeitskreis "Betrieb und Gewerkschaft" keineswegs nur auf die Sozialpartnerschaft geschimpft oder über die verschiedenen theoretischen Grundsätze der verschiedenen linken Gruppen gestritten, sondern man versuchte mittels konkreter Berichte aus den einzelnen Betrieben über die dort herrschenden Probleme politischer Unterdrückung und ökonomischer Ausbeutung Erfahrungen zu sammeln, von denen aus dann eher konkrete Schritte zur Bekämpfung solcher Zustände einzuleiten sind. So wurde besprochen, welche Rolle die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes bei der allgemein zunehmenden Arbeitsintensivierung spielt, welche Rolle die Gewerkschaften spielen, wenn sie gewählte Vertrauensleute ausschließen, weil diese sich "anmaßen" die Gewerkschaft als Tarifmaschine zu kritisieren, oder sich für direkte Demokratie einzusetzen, für eine Politik der Belegschaft gegen Unternehmer und Gewerkschaftsbürokratie. Etwa wenn sie am Arbeitsplatz mit den Kollegen die Auswirkungen (psychisch und materiell) von Rationalisierung,

Entlassungsdrohungen, Leistungslohn etc. besprachen, wenn dann gemeinsame Betriebsflugblätter darüber geschrieben, die dann von den Betriebsräten abgelehnt wurden, und damit die Mittel, um sie drucken zu können. Das waren etwa konkrete Versuche einer proletarischen Öffentlichkeit, die brutal abgewürgt wurden.

Das SB hat aufzuzeigen versucht, daß nicht nur linke Staatsdiener vom Berufsverbot betroffen sind, sondern daß die konkrete kapitalistische Organisation der Arbeit schon längst jede Möglichkeit zum politischen Kampf und zur politischen Äußerung in der Arbeitswelt unterbunden hat. Daß jede Rationalisierung, bei der ganze Berufe wegrationalisiert werden ein viel schlimmeres Berufsverbot darstellen, weil gleichzeitig damit die gesamte Ausbildung verloren geht, während die Intelligenz ihren Kopf noch für die unterschiedlichsten Aufgaben einsetzen kann, ohne deswegen gleich als Hilfsarbeiter eingestuft zu werden. Man versuchte aufzuzeigen, daß nicht jeder Kampf gegen Berufsverbot und Arbeitslosigkeit automatisch das kapitalistische System in Frage stellt, daß man nicht für den "Arbeitsplatz am Fließband" (Cohn-Bendit) kämpft sondern gleichzeitig auch gegen die unmenschliche Produktionslogik des Kapitalismus.

Die Bedeutung des Kongresses liegt darin, daß sich hier fast die gesamte deutsche Linke (mit wenigen Ausnahmen) versammelte, um solidarisch neue Wege sozialistischer Politik zu diskutieren. Sollte es gelungen sein, durch neue inhaltliche Schwerpunkte die Linke aus ihrer Isolation herauszuführen, so könnte dies einen Wendepunkt in der sozialistischen Bewegung bedeuten.

Auf dem Kongreß wurden konkrete Strategien entwickelt, wie man der ökonomischen und politischen Unterdrückung wirksam begegnen könnte.

1) Aktive Arbeit gegen Repression muß in erster Linie am jeweiligen Arbeitsplatz erfolgen, in der Information der Kollegen, in der Hilfe für Betroffene, Bedrohte, Ängstliche und nicht zuletzt im organisierten Widerstand.

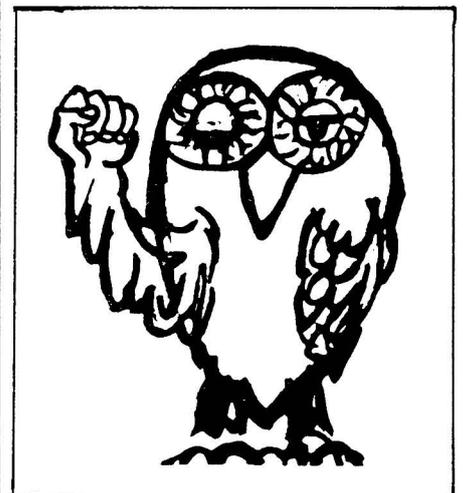
2) Aktive Gegenwehr erfordert finanzielle Unterstützung der direkt Betroffenen und Gefährdeten. Jeder der über eine feste Berufsposition verfügt, ist aufgefordert, finanzielle Unterstützung zu leisten.

So wurde vom SB ein Solidaritätsfond für diesen Zweck gegründet. Es sollen daraus auch Projekte sogenannter "Rotarbeit" finanziert werden, in denen sich vom Berufsverbot Betroffene selbst organisieren sollen um ihre Arbeitskraft der politischen Bewegung zur Verfügung stellen zu können.

Es haben sich auch schon zahlreiche internationale Komitees gegründet, die auch von namhaften sozialistischen Parteien (Frankreich) unterstützt werden, um zu verhindern, daß die BRD auf Grund ihrer wirtschaftlichen Vormachtstellung in Europa zugleich auch ihre wirtschaftlichen und politischen Praktiken "exportiert".

Auch in Österreich ist daran gedacht, konkrete Schritte zur Gegenwehr zu unternehmen. Bei uns stellt sich eine, zwar in abgeschwächter Form, ähnliche Situation wie in der BRD. Auch die SPÖ muß Sparmaßnahmen innerhalb des Staatsapparates ergreifen (Lehrerstop, Kürzung der Lehraufträge an den Unis um 20%) um das Budget für Subventionen "freizumachen". Um zu verhindern, daß derartige Maßnahmen in einen isolierten Kampf von Intellektuellen umschlagen, sollte von vorneherein bei jeder derartigen politischen Arbeit die Verbindung zur Repression in anderen gesellschaftlichen Bereichen, als allgemeines Wesensmerkmal der derzeitigen kapitalistischen Entwicklung gesucht werden.

M.P.



Italien:

Wann sind die nächsten Wahlen?



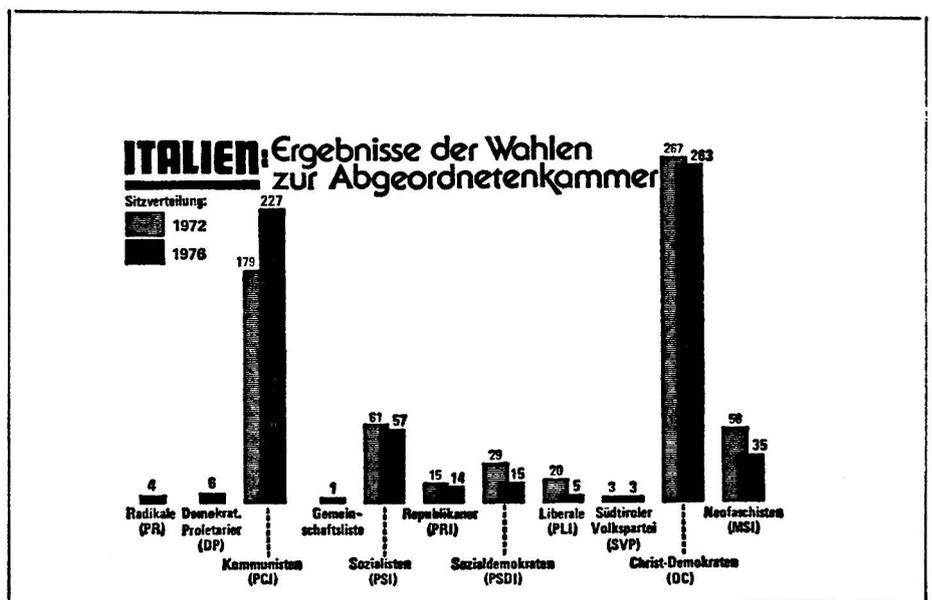
Die Parlamentswahlen vom 20. Juni haben den italienischen status quo, den Stand der Dinge seit Jahr und Tag, nicht entscheidend verändert. Statt einer Sprengwirkung, soweit es die Dramatik des Wechsel parlamentarischer Mehrheitsverhältnisse überhaupt zuläßt, haben sie den unmöglichen Zustand von vorher noch unmöglicher gemacht. Es fragt sich nur, für wen?

Die italienische Wirtschaft ist total zerrüttet, weit über das Ausmaß der übrigen von der Krise betroffenen EG-Länder Europas. Die PSI, die italienischen Sozialisten, "provozierten" diese vorzeitigen Wahlen, weil sie an der "Produktion der Krise" in der Mitte-Links-Koalition seit Jahren mitbeteiligt waren und nun ein günstiges Absprungbrett suchten aus der Korruptionsgemeinschaft mit der DC. Bei den Regionalwahlen vor einem Jahr partizipierten sie am Linksruck, erhöhten sie ihren Stimmenanteil gemeinsam mit den Kommunisten. Die Taktik des "Historischen Kompromisses" der KPI (das angestrebte Bündnis mit progressiven Teilen der Bourgeoisie und den Katholiken) drohte seit geraumer Zeit über ihre Köpfe hinwegzugehen und unter Ausschaltung ihrer Vermittlerrolle zwischen linkem und rechtem Lager eine Konstellation der Kräfte herbeizuführen, in der sie eine untergeordnete oder fast keine Rolle spielen würden. Sie setzten auf den linken Trend bei den Regionalwahlen, wollten die KPI aus ihrer bequemen Reserve des mächtigen Oppositionsblocks locken, wo diese ihre Hände nicht schmutzig zu machen brauchte, ihre politische Reinheit bewahren konnte. Eine linke Koalition schien erreichbar, die DC das erste Mal seit dreißig Jahren "re-dimensionierbar".

Wie überhaupt das strategische Konzept, soweit es sich nicht um Allgemeinformeln handelt, von der PCI noch kaum enthüllt worden ist. (Unter anderem damit wird sich der "Südeuropa-Arbeitskreis" der BEWEGUNG FÜR SOZIALISMUS befassen, der jeden Donnerstag um 19 Uhr in der Belvederegasse 10 tagt.) Die Erfahrungen, die auf Kommunalpolitischem Gebiet, wie z. B. in Bologna gemacht wurden, lassen sich teilweise kaum auf andere, ärmere Regionen, sicher nicht auf Gesamtitalien übertragen. Die Lösung der ökonomischen Dauerkrise wird auf Kosten der Arbeiterklasse erfolgen - ob nur auf ihre Kosten und in welchem Ausmaß, hängt nicht zuletzt von der Art und Weise der Kooperation der PCI mit den Bürgerlichen ab. Eine Kooperation, die zwar nicht der Logik entbehrt - Italien ist in der EWG und der NATO so sehr verwurzelt, daß ein plötzliches Ausbrechen unmöglich ist - aber die Gefahr der schleichenden Integrierung mit sich bringt.

Handlungsspielraum der PCI

Nun ist die DC nach wie vor die stärkste Fraktion im Parlament. Aber sie ist schon viel zu schwach, um ohne die PCI auch nur einen konstruktiven Schritt zur Lösung der Krise setzen zu können. Eine linke Parlamentsmehrheit und eine noch so stark mit unabhängigen fortschrittlichen Persönlichkeiten des katholischen Lagers durchsetzte linke Regierung hätte u. a. mit der Gefahr zu kämpfen gehabt, bei einer starken bürgerlichen und rechten Opposition die Mitarbeit fortschrittlicher Sektoren der Groß- und Kleinbourgeoisie sichern und gleichzeitig Erwartungen der Arbeiterschaft im Norden, des Landproletariats im Süden und einer immer dynamischer drängenden Linken an der Basis enttäuschen zu müssen. →



Daß die Partizipation an überregionalem Sanierungsmaßnahmen nicht in der verräterischen Rolle der Disziplinierens der Arbeitskraft über die Bühne gehen dürfte, dafür könnten die autonomen Gewerkschaften Italiens sorgen. Im Gegensatz zur bloß ökonomischen Militanz z. B. der englischen Gewerkschaften (die ja auch den Sozialpakt mit der Labour-Regierung abschlossen,) zeichnet die italienischen linken Gewerkschaften neben ihrer Autonomie ein hohes politisches Bewußtsein in ihrem Selbstverständnis und ihrer Praxis aus. Dieses ist wiederum ein Produkt der Basis-kämpfe, in denen die eigentliche Bedeutung der italienischen linken Gruppen voll zum Ausdruck kommt. Die 1,5 Prozent der Stimmen und die sechs Abgeordneten in der Kammer

haben symbolische Bedeutung, die – und auch das ist ein Kennzeichen des italienischen Wegs – von der PCI durchaus gewürdigt wird. Sie weiß, daß die wirkliche Stärke dieser erstmals bei den Parlamentswahlen vereint kandidierenden linken Gruppen (PdUP-Il Manifesto, Avantgardia Operaia, Lotta Continua u. a., kritisch unterstützt von den Trotzlisten) nicht auf Seiten der für sie abgegebenen Stimmenzahl von einigen Hunderttausend Jugendlicher (vorwiegend Studenten) zu sehen ist, sondern dort, wo sie sich in Taten äußert. Und es gibt tatsächlich kaum eine Basisinitiative und -aktion in den Betrieben, Schulen, Stadtteilen, wo nicht wenigstens eine dieser linken Gruppen eine wichtige unterstützende und weitertreibende Funktion einnimmt. Deswegen

ist auch das von den österreichischen Massenmedien hochgespielte Phänomen des "linken" Terrorismus für Italien eigentlich atypisch, ein Abfall-

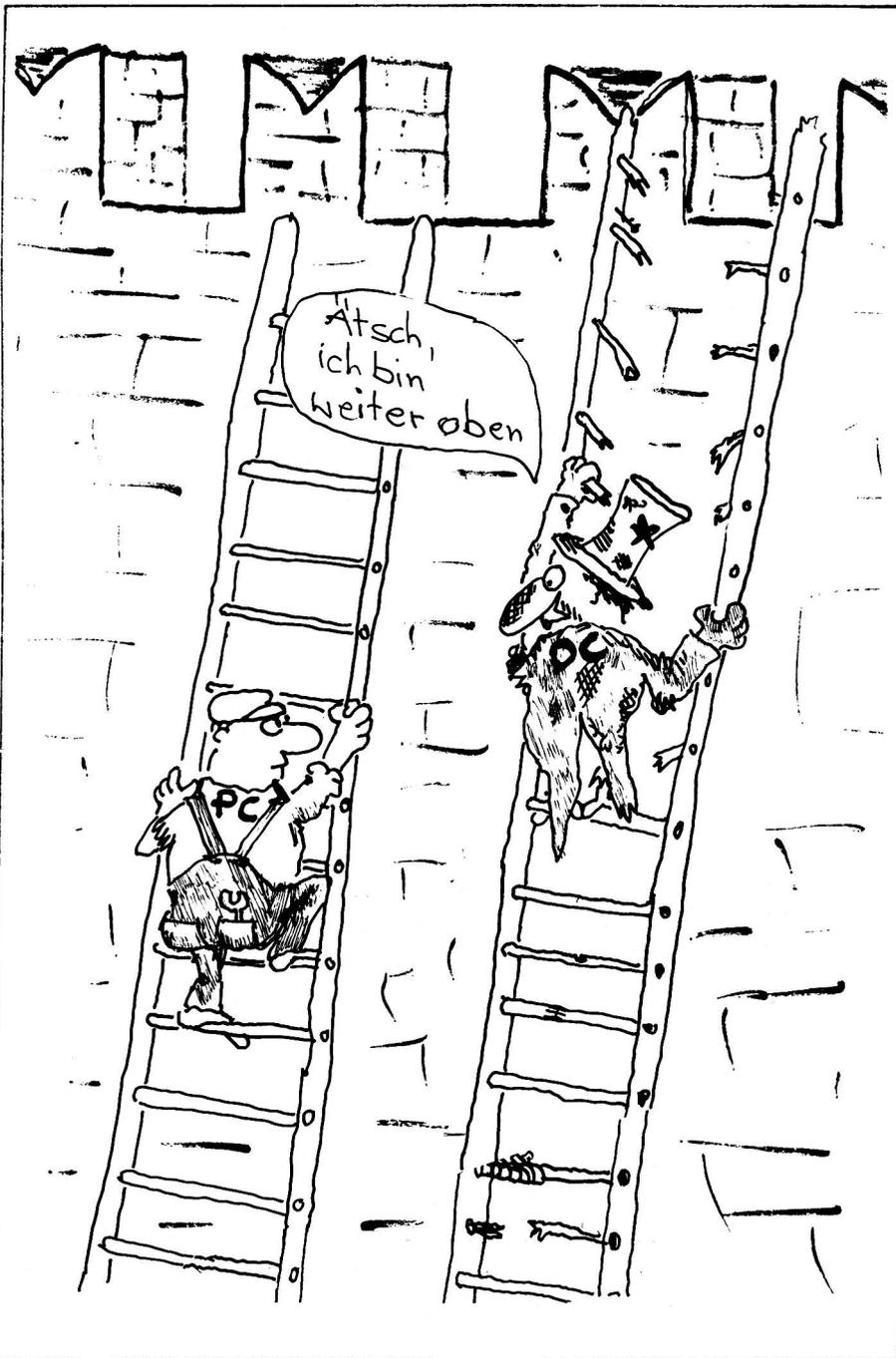


So wählen die Regionen Italiens. Auf der Karte wird nur der Prozentanteil der großen Parteien in den einzelnen Regionen bei den Senatswahlen angegeben.

produkt der einzig relevanten Massenkämpfe und wird in Italien allgemein auch so eingeschätzt.

Pattsituation

Ob Italien nach den Wahlen nicht sehr bald ein Italien vor den nächsten Wahlen sein wird, hängt hauptsächlich von der DC ab. Sie ist im Parlament, in den Regionen und Städten fast manövrierunfähig. Trotzdem trägt sie die Hauptverantwortung für die Lösung der Krise, die ihr letztlich mehr denn je angelastet wird. Sie steht in einer Pattsituation und muß den ersten Zug machen. Patt bedeutet, daß die Linke auch nicht beliebig handlungsfähig ist, auch sie steckt in einem tiefen Dilemma. Aber sie hat die besseren Ausgangspositionen, die besseren Menschen und die besseren Ideen. Sie ist die Zukunft, die DC die Vergangenheit. ★



Sowjetunion:

Verurteilt wegen Verleumdung der USA

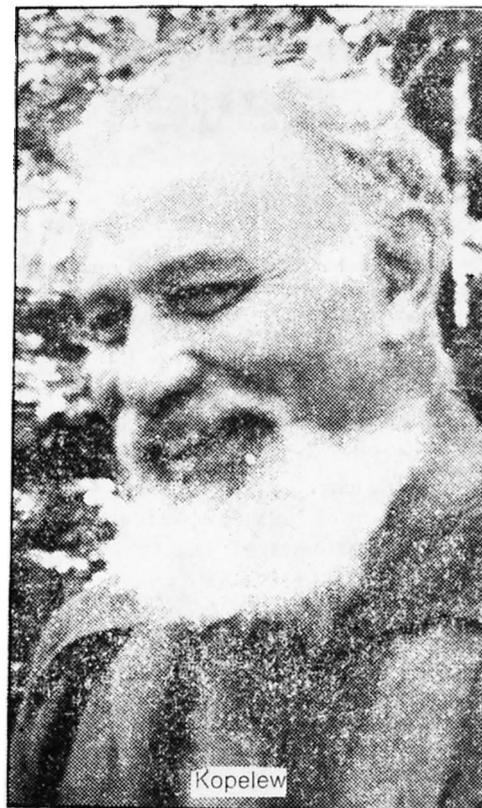
In den letzten Jahren verließen eine Reihe oppositioneller Sowjetbürger ihr Land und ließen sich im Westen nieder; für eine kurze Zeit standen sie im Mittelpunkt der hiesigen Berichterstattung als Kronzeugen des gewöhnlichen Antikommunismus, als Unterstützung für jene, die die Linke im Westen als Wegbereiter der sibirischen Lager denunzieren ("Lassen Sie mich Ihnen in Erinnerung rufen, daß Zwangsarbeit zum Programm aller Propheten des Sozialismus gehört, auch des Kommunistischen Manifest", Solschenizyn im britischen TV). Der Presserummel fiel aber stets bald ab, entweder, weil sich die Dissidenten ihre kommunistischen Vorstellungen einfach nicht ausreden ließen (wie Pljutsch, siehe "offensiv links" vom März 1976) oder weil ihre reaktionäre Gesinnung allzu deutlich sichtbar war: Solschenizyns Loblied auf francofaschistische Verhältnisse brachte die Leute eher gegen ihn auf. Von der im Land gebliebenen Linksoption liebt man hierzulande wenig, noch weniger von der Argumentation jener Leute, die das sowjetische Regime von kommunistischen Positionen aus kritisieren.

Unter dem Titel "Aufbewahren für alle Zeit" erschien nach einem Vorabdruck in der "Zeit" mit großer propagandistischer Begleitung ein Buch von Lew Kopelew. Es behandelt die letzte Phase des 2. Weltkrieges; Kopelew erlebt als Major das Vorrücken der sowjetischen Truppen in Ostpreußen und schildert, wie Hitlers Überfall grausam vergolten wird und seine eigenen Landsleute plünderten, vergewaltigten und mordeten. Doch es erweist sich, daß das Buch weniger Wasser auf die Mühlen derer ist, die schon immer unter Verweis auf die Ausschreitungen der Roten Armee die Barberei des Nazifaschismus beschönigen wollten, sondern daß es sich hierbei vielmehr um ein Dokument des Abrückens der Sowjetunion von den kommunistischen Prinzipien handelt. Kopelew erlebte in seiner Jugend die Durchlässigkeit des sozialistischen Systems: nach 6 Jahren Arbeit als Metalldreher wurde er Werkjournalist und Lehrer an der Erwachsenenschule im Charkower Lokomotivwerk. 1933 konnte er ein Studium an der Universität Charkow beginnen, wurde aber 1935 ausgeschlossen. Begründung: Er war 1929 in Kontakt mit einer "leninistisch-bolschewistischen" Oppositionsgruppe, auch war sein Vetter als Trotzkist verhaftet worden. Auf Intervention von Mitarbeitern und Vorgesetzten wurde er aber bald wieder rehabilitiert.

1943, schon mitten im 2. Weltkrieg, wurde er Lehrer an einer antifaschistischen Frontschule für Angehörige der deutschen Wehrmacht.

Kopelew, seit 1942 Kandidat der Partei, nahm die nationalistischen und zum Teil chauvinistischen Begleiterscheinungen des "Großen vaterländischen Krieges", mit denen die Mobilisierung aller Bevölkerungsschichten vorangetrieben werden sollte, mit gemischten Gefühlen auf, widersprachen sie doch den proklamierten Idealen des Humanismus und Internationalismus. Aber er glaubte, daß sich bald der provisorische Charakter dieser Maßnahmen erweisen würde.

Kopelew machte Unterschiede zwischen dem deutschen Volk und den Nazis, was ihn im Gegensatz zu seinen Vorgesetzten brachte. Als er in der Parteizelle gegen diese auftrat, befürchteten sie eine Anzeige wegen Plünderung und Vergewaltigung (was mittlerweile vom Frontkommando unter Strafe gestellt worden war) und kamen dem zuvor: Kopelew wurde verhaftet. Die Anklage lautete: "Bürgerlich-humanistische Propaganda des Mitleids vor dem Feind, Verleumdung der Ver-



bündeten". Er hatte nämlich darauf hingewiesen, daß Churchill und Roosevelt imperialistische Politiker sind und sie daher nur provisorische Alliierte sein könnten. Er glaubte, daß nach dem Zusammenbruch des deutschen Faschismus der Kampf gegen die Churchills und Roosevelt gemeinsam mit den deutschen Antifaschisten zu führen sei, denn nach seiner Ansicht hätten die deutschen Arbeiter die wahren Verbündeten sein müssen.

Kopelew wurde zuerst freigesprochen, dann wieder verhaftet und interniert, 1956 zugleich mit den Richtern, die ihn freigesprochen hatten, rehabilitiert.

In den sechziger Jahren betätigte er sich in der Bürgerrechtsbewegung, schrieb 1968 im "Wiener Tagebuch" über die Rehabilitierung Stalins, protestierte 1969 gegen den Ausschluß Solschenizyns aus dem Schriftstellerverband und 1970 gegen die Psychiatriierung von Shores Medwedew. Solschenizyns Tätigkeit im Westen bezeichnet er als "dogmatisch-chauvinistisch", "von seinen reaktionären Utopien und seiner Rechthaberei bin ich wirklich betroffen und bitter enttäuscht."

P. L.

Neues Regime – alter Kampf

Das Koordinationskomitee der äthiopischen Streitkräfte (DERG), also jene Junta, die seit dem entgeltigen Sturz des Kaisers Haile Selassie im September 1974 das Land provisorisch regiert, verkündete am 21. April dieses Jahres, Äthiopien solle eine Volksdemokratie unter der Führung einer Partei der Arbeiterklasse werden. In ihrem gleichzeitig veröffentlichten Programm erklärten die Militärs zur Nationalitätenfrage: "Den in Äthiopien existierenden nationalen Volksgruppen soll das Recht auf Selbstbestimmung gegeben werden, es soll Vorsorge getroffen werden, daß keine die andere beherrsche, ihre Geschichte, Kulturen, Sprachen und Religionen sollen gleichermaßen respektiert werden, im Einklang mit dem Geist des Sozialismus."

Nur eineinhalb Monate später aber klagte ein Sprecher einer jener Volksgruppen die äthiopische Regierung des Völkermordes an und forderte die Einschaltung der UNO. Es handelte sich um einen Vertreter der Eritreischen Befreiungsfront (ELF), der erklärte, daß seit November 1974 durch die äthiopische Armee 150 Dörfer dem Erdboden gleichgemacht, 20 000 Eritreer durch Kugeln und Napalmbomben getötet, 30 000 in Konzentrationslager gesperrt und 500 000 von ihren Wohnstätten vertrieben wurden.

Historische Wurzeln des Konfliktes

Die Auseinandersetzungen um das 117 600 km² große Land, das von zirka zwei Millionen bewohnt wird (zum Vergleich: Gesamtäthiopien hat 27,2 Mill. Einwohner auf 1 221 900 km²) reichen bis ins vorige Jahrhundert zurück. Um 1850 eroberte das heute 35 % der Gesamtbevölkerung ausmachende christliche Volk der Amhara das ganze derzeitige Staatsgebiet. Es stellte vor allem bis zum

Sturz der Monarchie - aber auch heute noch - die weltliche und geistliche Elite, in deren Hand sich 75 % des nutzbaren Bodens befinden. In den achtziger Jahren wurde die eritreische Küste unter die "Schutzherrschaft" Italiens gestellt und auch gleichzeitig der nördliche Teil der somalischen Küste kolonialisiert. (Südsomalisa "schützten" die Briten.) Ein Versuch, sich ganz Äthiopien einzuverleiben, scheiterte damals - dies blieb Mussolini vorbehalten - unter dessen Regierung 1936-1941 Italienisch-Ostafrika, aus Eritrea, Äthiopien und Somalia bestehend, entstand. Der italienische Faschismus und Kolonialismus wurde zerschlagen, sein böses Erbe blieb. Eritrea wurde von den Briten besetzt, erlangte aber zum Unterschied zu anderen italienischen Kolonien (Libyen, Somalia) nicht die Unabhängigkeit, obwohl eine UNO-Kommission 1948 vor Ort zur Auffassung kam, daß die Bevölkerung den äthiopischen Feudalstaat ablehne. Speziell auf Drängen der USA, die in Äthiopien strategisch wichtige Verbündete suchte, beschloß die UNO-Vollversammlung, Eritrea als Föderativstaat seinem Nachbarn anzugliedern. Dieser ging allerdings sehr bald auf Annexion aus und erklärte am 14. 11. 1962 das Föderativparlament für aufgelöst und Eritrea zur äthiopischen Provinz.

1961 hatte sich bereits eine Nationale Front für den bewaffneten Kampf zur Verteidigung der eritreischen Unabhängigkeit gebildet. Sie blieb freilich von den großen politischen Blöcken isoliert: Sowohl die UdSSR als auch die VR-China fürchteten durch eine Unterstützung ihre Beziehungen zur OAU (Organisation für afrikanische Einheit, Sitz Addis Abeba) zu verschlechtern. Deren Dogma ist nämlich die Unteilbarkeit der afrikanischen Staaten, selbst wenn diese auf Grund ehemaliger kolonialistischer Herrschaftsteilung auf dem Reißbrett entstanden sind und mit den natürlichen geographischen und ethnischen Grenzen nicht das Geringste gemein haben.

Die einzige Hilfe, die die Eritreer erhielten, kam von arabischer Seite.

Oft genug nur aus religiösem Fanatismus - die Mehrheit der Eritreer ist mohammedanisch - bzw. um ein Gleichgewicht zu den in Addis Abeba stationierten israelischen Militärberatern herzustellen. Die versuchte "Islamisierung" des Konfliktes führte 1969 zur Spaltung der Eritreischen Befreiungsfront in die konservativ-muselmanische und von Libyen, Saudi-Arabien und Kuwait unterstützte "Eritreische Befreiungsfront" (ELF) und die politisierteren und teilweise marxistischen "Volksbefreiungskräfte" (PLF), die Hilfe von Syrien, Irak, Somalia und der Volksrepublik Jemen erhalten. Nach teilweise heftigen bewaffneten Kämpfen zwischen den beiden Befreiungsbewegungen kam Anfang 1975 auf Grund der gemeinsamen Bedrohung durch die äthiopische Armee eine vorläufige Einigung zustande.

Sturz des Kaisers bringt keine Lösung

Auch nach dem Sturz des Feudalregimes Haile Selassies, ausgelöst durch die Hungersnot von 1973, der Tausende zum Opfer fielen und der von US-amerikanischen Kreisen wenn nicht gefördert, so doch gebilligt wurde, da die korrupte Vetternwirtschaft einem stabilen kapitalistischen Aufbau im Wege stand, hält die Verfolgung der Eritreer weiter an. Und dafür gibt es gute Gründe:

- 0 Die amerikanisch gerüstete und von amerikanischen Militärs noch immer beratene Armee muß den Vereinigten Staaten ihren nahe bei der Provinzhauptstadt Asmara gelegenen Stützpunkt garantieren, der übrigens die größte US-Basis auf dem afrikanischen Kontinent darstellt und durch seine Lage am Roten Meer (Zugang zum Suez-Kanal) größte strategische Bedeutung hat.

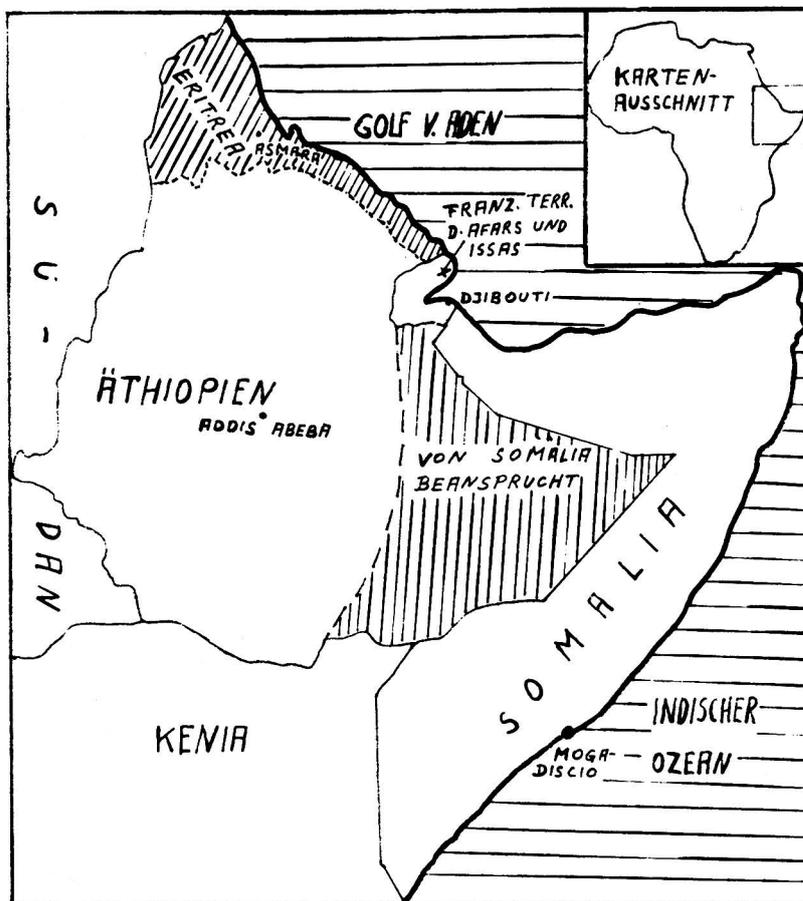
0 Der Wegfall der Provinz Eritrea würde Äthiopien zum Binnenland machen. Äthiopiens Bahnverbindungen – die eine über Asmara, die andere über das wahrscheinlich bald selbständig werdende Djibouti (Dschibuti nach eingedeutschter Schreibweise) in dem neben den Issas (Somaliern) die auch in Eritrea beheimateten Afars wohnen – könnten in Kürze zu toten Geleisen werden. Darüber hinaus ist dieser Landstrich einer der fruchtbarsten des äthiopischen Staatsgebietes, was freilich infolge der feudalen Mißwirtschaft die Bevölkerung nicht vor Hungersnöten bewahrt (das Bruttonationalprodukt pro Kopf und Jahr beträgt 90 Dollar, genau ein fünf- undvierzigstel des österreichischen). Neudings stieß man sogar auf Ölvorkommen.

0 Die Eritreer wären sicherlich nicht das letzte Volk, das die Unterdrückung durch die amharische Herrenrasse satt hat. Die Ogaden im Südwesten sind ein den Somali verwandtes Volk; ihre Gebiete werden von Somalia beansprucht. Rebellen aus der eritreischen Nachbarprovinz Tigre bauen im sudanesischen Exil eine Guerillaarmee auf und wollen sich einem zukünftigen Staat Eritrea eventuell anschließen.

Teile und herrsche

Nachdem brutalste Vergeltungsmaßnahmen gegen die Zivilbevölkerung – ganze Dörfer wurden von der äthiopischen Armee umstellt und niederkartätscht – den eritreischen Widerstand nicht brechen konnten, greift man zu neuen Mitteln.

Ende Mai begann die Aktion "Roter Marsch". Zehntausende amharische Bauern wurden aufgefordert, nach Eritrea auszuwandern, um das Land zu "befrieden"; eine Mischung aus dem "Grünen Marsch" Hassans II. von Marokko in die Westsahara und – die Siedler bekamen Waffen ausgehändigt – israelischer Wehrdorfpolitik. In der ersten Phase sollen etwa 4 000 "Freiwillige" nach Eritrea ausgewandert sein. Deren größter Teil hat allerdings schon wieder unorganisiert und mit Hilfe gewaltsam beschlagnahmter Fahrzeuge das Land verlas-



sen. Der Boden in der Küstenprovinz war ihnen zu heiß geworden. Wie die Befreiungsbewegung am 14. Juni in Paris bekanntgab, sollen 5 000 Soldaten, die die Einwanderer schützen sollten, in wilder Flucht in ihre Kasernen zurückgekehrt sein. Tatsache ist jedenfalls, daß der "Rote Marsch", über den, wie überhaupt über die Vorgänge in Eritrea, von der äthiopischen Junta eine Nachrichtensperre verhängt wurde, beendet ist. Nach Korrespondentenberichten von "Le Monde" (20. 6. 76) soll neben Versorgungsschwierigkeiten und US-amerikanischem Druck, vor allem das Bestreben der DERG, mit einem Teil der Rebellen ins Gespräch zu kommen, dafür verantwortlich sein.

Während die USA ihre Waffenlieferungen nach Addis Abeba verstärkt haben und erstmals seit 1973 wieder israelischen Militärberater im Lande sind, versucht das amharische Offiziersregime durch Autonomieversprechen und Hinweise auf ihre angebliche sozialistische Ideologie, die Befreiungsbewegungen erneut und mit Erfolg zu spalten. (In Wirklichkeit dürfte es sich bei der Juntaherrschaft eher um Bonapartismus handeln; also um jene nach dem franzö-

sischen Monarchen des 19. Jahrhunderts, Louis Bonaparte, benannte Cliquen herrschaft, die aus Heruntergekommenen aller Schichten und Klassen besteht, die nur auf ihren eigenen Vorteil aus sind.)

Differenzen bestehen nicht nur zwischen der von den konservativen arabischen Staaten unterstützten ELF und PLF, sondern auch innerhalb der "Volksbefreiungskräfte". Zum einen zwischen äußerer Leitung (verantwortlich für Kontakte zu anderen Ländern, Nachschub) und der inneren Leitung, welche sich weigert, mit der ELF zu verhandeln. Zum anderen mit der radikalen Linken in der PLF, von denen einige bereits wegen "Verrates" hingerichtet wurden.

Nutznieser dieser internen Auseinandersetzungen ist jedenfalls die DERG, die Offiziersjunta. Mit einem am 17. Juni in Asmara veröffentlichten Programm eröffnete sie eine Propagandakampagne, in der den Eritreern Nationale Autonomie, eine partielle Amnestie und Verhandlungen mit den "progressiven Kräften" versprochen werden.

R. H.

Mexiko:

Demokratie auf lateinamerikanisch

Anfang Juli sind in Mexico die nächsten Wahlen für das Amt des Präsidenten. Aus diesem Grund ist es notwendig, die "Demokratie" Mexicos im richtigen Licht zu zeigen.

Die stärkste Partei des Landes ist die PRI - Partido Revolucionario Institucional - die 1946 unter diesem Namen gegründet worden war. Diese Partei stellte die Präsidenten der letzten Jahrzehnte und auch der neue Kandidat, Jose Lopez Portillo, kommt aus diesen Reihen. Er ist ein Jugendfreund und Bundesgenosse Luis Eccheverrias, des Präsidenten der letzten sechs Jahre.

Der eigentliche Wahlkampf spielt sich schon lange vor den offiziellen Wahlen ab - im Kreise der Präsidentschaftsanwärter. Wer aufgestellt wird, kann mit einem sicheren Sieg bei den Wahlen rechnen.

Die Phase der Machtausübung bleibt dann genauso wie die Nachfolgerwahl von der demokratischen Kontrolle nahezu unberührt und befindet sich weitgehend unter der Ebene verfassungsrechtlicher Norm.

Der Opposition wird ein genau abgegrenzter Freiraum zugestanden. Die Regierungspartei kontrolliert die Presse, hat alle finanziellen Mittel in der Hand und trotz gegenteiliger wahlrechtlicher Bestimmungen werden in den wenigsten Wahlkreisen Wähler gestellt. Gegen Wahlfälschungen ist jeder Protest sinnlos, weil die PRI auch in der zentralen Wahlkommission die Mehrheit hat.

Die ganze politische Macht Mexicos ist demnach in der PRI vereinigt und innerhalb der Partei sind wiederum nur ganz wenige Personen wirklich ausschlaggebend: so zum Beispiel der Innenminister und vor allem der Präsident selbst.

Trotz allem gilt Mexico bei uns noch immer als beispielhaftes Land für ganz Lateinamerika.

Dritter Weg?

Nach außen hin ist es nämlich immer gelungen den Eindruck zu erwecken, daß die Politik ganz im Sinne der

Revolution weitergeführt würde und daß Mexico als eines der wenigen südamerikanischen Staaten eine gut funktionierende Demokratie hätte. Mexikaner verweisen auch immer stolz auf ihre Politik des "Dritten Weges", die als neue Kraft zwischen den internationalen Machtblöcken liegen soll.

Mexicos Wirtschaft ist aber trotzdem stark weltmarktabhängig. Vor allem die nordamerikanische Industrie hat einen hohen Anteil an den ausländischen Niederlassungen im Lande (80%). Außerdem wird die wichtigste mexikanische Bank Nacional Financiera zum Großteil von nordamerikanischen Banken finanziert.

In Mexico sind zwar die bedeutendsten Industriezweige verstaatlicht, aber der Staat selbst verhält sich immer als Privatunternehmer. Auf Grund dieser Kapitalkonzentration braucht man nicht einmal auf eine etwaige Konkurrenz Rücksicht nehmen, die eventuell preisgünstigere Angebote machen könnte.

Die Regierung kommt auch den ausländischen Unternehmern mit großzügigen Steuerberücksichtigungen entgegen, um ihrerseits wieder durch die Investitionen ihre große Auslandsschuld abzudecken. Daraus läßt sich auch die stabile Währung und die verhältnismäßig hohe Wachstumsrate des Bruttonationalprodukts erklären (sie liegt bei 6 Prozent).

„Demokratische Öffnung“ als Nadelöhr

Während der Amtszeit Eccheverrias wurde allerdings versucht, einen liberalen Rahmen für das politische Geschehen zu finden. Er propagierte eine demokratische Öffnung - "apertura democratica" - die sich auf dem Gebiet der Innen- und Außenpolitik vollziehen sollte.

Es kam zu einer ganzen Reihe von Neugründungen von Parteien, die sich alle als sozialistisch verstanden. Arbeiter, Bauern und die Bewohner der Elendviertel hatten genug Spiel-

raum, um unabhängige Basisorganisationen aufzubauen.

Allerdings wurden diese Aktivitäten nur solange toleriert oder sogar unterstützt, solange sie in das Konzept des Präsidenten paßten: ihm ging es darum, die Existenz von Linksparteien zu beweisen und so den Schein einer Demokratie zu wahren. Bei zu starkem Engagement und Versuchen, marxistische Ideen in der politischen Realität Mexicos anzuwenden, fiel dann die Repression mit voller Wucht zwar nicht auf die Partei als solche, sondern auf die einzelnen Mitglieder.

Ansatzweise wurde wirklich versucht, die Vormachtstellung der Multinationalen Konzerne zu brechen - es wurde ein Gesetz beschlossen, demzufolge mindestens 51% der ausländischen Unternehmungen in mexikanischen Händen liegen sollen - und es wurde versucht, mehr für die Bauern zu machen.

Aber sobald der neue Kandidat feststand, setzte eine neue, ziemlich überraschende Repressionswelle ein. So wurden 17 Bauern einer Gemeinde im Bundesstaat Sorona erschossen und das Elendviertel Iztacalco, das die Selbstverwaltung durchgesetzt hatte, niedergebrannt.

Diese Gewaltakte unterscheiden sich grundsätzlich von der Taktik der Regierungspartei der letzten Jahre - man versuchte die Ausweitung der staatlichen Kontrolle vor allem durch Bürokratisierung zu erreichen.

Die neue Repressionswelle ist besonders auf das Betreiben wirtschaftlicher Kreise zurückzuführen, die ihre Interessen bedroht sehen und sich jetzt zu Wort melden.

Nachdem das Wahlergebnis praktisch schon feststeht - es bringt höchstens die Verschiebung von Machtverhältnissen mit sich - sollte uns die Entwicklung nach den Wahlen interessieren.

Es bleibt abzuwarten, ob sich Portillo gegenüber den Wirtschaftsinteressen behaupten kann - nachdem das von der PRI aufgebaute System vor allem vom ausländischen Kapital abhängig ist.



I. R.

Südafrika:

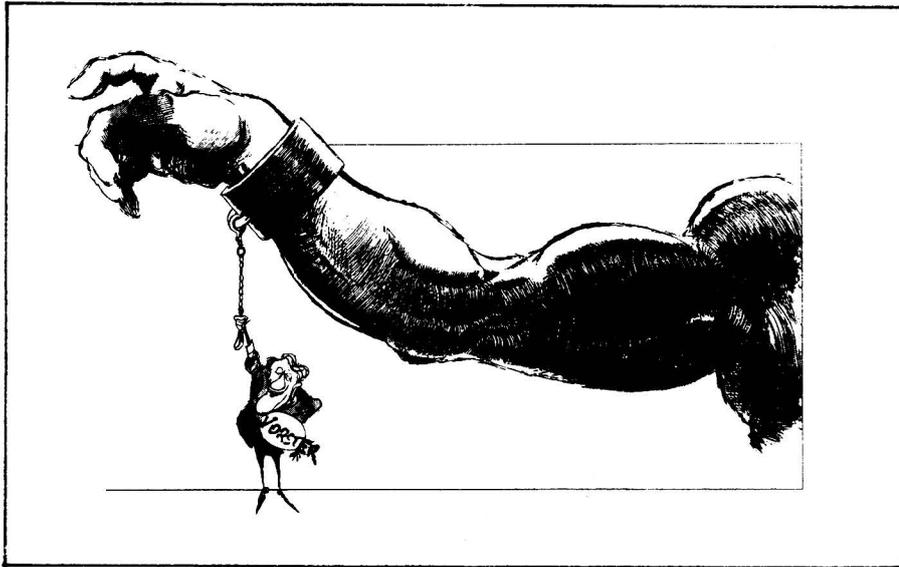
Flammen über Soweto

"Die Weißen Südafrikas verstehen die Mentalität des Schwarzen Mannes."
(Premierminister John Vorster)

Die Weißen Südafrikas sind dabei, auf die harte Tour zu lernen, wie wenig sie die Mentalität des Schwarzen Mannes verstehen. Glauben sie wirklich noch ernsthaft daran, daß sie durch Unterdrückung, Terror und Mord die schwarze Mehrheit ihres Landes viel

dauernder Unsicherheit, selbst diese Existenz noch zu verlieren – Verlust des Arbeitsplatzes führt zum Verlust des Wohnrechtes in den "Townships", Familien werden auseinandergerissen – dienen die schwarzen Proletarier der Aufrechterhaltung des hohen Lebensstandards der weißen Herrenmenschen. Dabei sind die Lebensbedingungen in den nur von Schwarzen bewohnten Landstrichen, den "Bantustans", die sich halbkreisförmig

African Nationalists, der großen Einfluß bei den Befreiungskämpfern in den Ausbildungslagern hat. Diese Organisation hat sich von der Fraktion, die von der Südafrikanischen Kommunistischen Partei dominiert wird und eine prosovjetsche Politik vertritt, distanziert. Zu erwähnen sind weiter die aus einer konfessionellen Wohlfahrtsorganisation hervorgegangene Black Peoples Convention, die halblegale Gewerkschafts-Dachorganisation Black und Allied Workers Union und die South African Students Organization.



länger in kolonialer Sklaverei halten können, daß die Völker Südafrikas nicht imstande sein werden, dem faschistischen Regime ein Ende zu bereiten? Die Kämpfe in Soweto sind vorüber, nicht aber der Widerstand unter der gesamten nichtweißen Bevölkerung.

Ansiedlung wie Soweto demonstrieren die letzte Konsequenz der kolonialen Unterdrückung in Südafrika. Völlige Trennung der Wohngebiete von Schwarz und Weiß, aber – ein entscheidender Punkt – ausreichende Nähe der schwarzen Ghettos zu den industriellen Ballungsräumen, um eine ökonomische Ausbeutung der Massen auf breitester Basis zu ermöglichen. Zusammengepfercht unter den elendsten Lebensbedingungen – 50 Prozent der Kinder sterben, bevor sie das fünfte Lebensjahr erreichen –, mit Löhnen, die bestenfalls ein Fünftel des Durchschnittslohnes der weißen Arbeiter- und Angestelltenaristokratie betragen (abgesehen von einer winzigen "schwarzen Elite", weniger als ein Prozent der Bevölkerung), in

um die weißen Metropolen mit ihren schwarzen KZ-Siedlungen gliedern, noch bedeutend schlechter. Die Organisierung des Widerstandes geht voran. Eine wichtige Rolle spielt dabei der African National Congress/

Weltweite Solidarität

Auch weltweit wächst die Solidaritätsbewegung mit den Völkern des südlichen Afrika. Massive Proteste haben dazu geführt, daß der Ort des Zusammentreffens des Premierminister Vorster mit Henry Kissinger tief in den Bayrischen Wald verlegt wurde, wo sich die einander würdigen Gesprächspartner unter Polizeischutz trafen. Doch steht Vorster heute allein mit seiner Feststellung, daß der Aufschrei der Unterdrückten in in Soweto "nicht spontan" war, sondern geplant, "um eine Polarisierung zwischen Schwarz



und Weiß in Südafrika zu bewirken". In der gesamten westlichen Welt, in fast allen bürgerlichen Zeitungen, von allen Politikern, die sich sonst wahrlich nicht als Vorkämpfer des Fortschritts profilieren, hört man die Mahnung, die Politik der Apartheid zu beenden und den Schwarzen mehr Recht zu geben. Ein Erwachen des Weltgewissens? Eine Besinnung auf die hohen Ideale bürgerlicher Demokratie? Ein Durchbruch christlicher Prinzipien? In der Tat, blind muß man sein, um hinter den scheinheiligen Beteuerungen nicht das alte Streben des Imperialismus zu erkennen, der nichts anderes im Sinne hat als neue Expansion, neue Ausbeutungsobjekte, neue Märkte. Das angepriesene Allheilmittel für die Völker Süd-

afrikas sind mehr Investitionen, mehr Freiheit – Freiheit für das ausländische Kapital, dessen Expansionsmöglichkeiten in einem System offener Zwangsarbeit und offenen Terrors schlechter sind als in einem System "freier", mobiler Lohnsklaven. Deshalb die Besorgnis der Herren der westlichen Welt, und auch deshalb, weil auf lange Sicht der Imperialismus sich bessere Kontrolle durch neokolonialistische Methoden als durch terroristische Unterdrückung, die zu leicht durchschaut und zerschlagen wird, erhofft.

offensiv links

uni news

Zum „Lehrerstop“

Den Lehramtskandidaten, die jetzt im Sommertermin 76 an der Uni zur Lehramtsprüfung antraten, wurde so ganz nebenbei durch die Assistenten (also nicht kompetente Personen) unmittelbar vor der Prüfung folgendes mitgeteilt:

- Wenn man eine der schriftlichen Klausuren nicht positiv abschließt, kann man zu keiner mündlichen Prüfung antreten.
- Es liege im Ermessen des Prüfers, ob er bei einer negativen Klausur die andere, positive anerkennt, oder nicht.

Abgesehen davon, daß sich die Mitteilung in so einer Form auf die psychische Verfassung der betroffenen Kandidaten nicht gerade positiv auswirkt, sollte das dicke Ende aber erst nachher kommen. Es wurde nämlich weiters bekannt:

- Man kann um eine Hausarbeit frühestens im 8. Semester unter Vorlage einer Bestätigung der Lehramtskommission ansuchen. Damit soll die jetzt gepflogene inoffizielle Vergabe von Themen verhindert werden.
- Die beiden Hausarbeiten müssen innerhalb von 6 Monaten verfasst werden.
- Erst nachdem beide Hausarbeiten approbiert sind, kann man zur LA-Prüfung antreten. Die Möglichkeit der Fächertrennung ist somit wieder rückgängig gemacht worden.

Österreich in Südafrika

Auch Österreich mischt schon jetzt, gemäß seinen Möglichkeiten, kräftig mit. Das ISCOR-Stahlwerk in Südafrika, von Österreich mitfinanziert, stellt Waffen her, die in Südafrika und Zimbabwe gegen die Befreiungsbewegungen eingesetzt werden. Viele Österreicher sind in das südliche Afrika ausgewandert, und das nicht als Vorkämpfer für die Freiheit. Der österreichische Betrieb Heinemann in Südafrika tut sich bei der Niederknüpfung der schwarzen Gewerkschaftsbewegung hervor. Schließlich hat sich auch unser alpenländisches Prunkstück, die VOEST, in Rhodesien an einem Stahlwerk beteiligt zu einem Zeitpunkt, als sich das britische Kapital von diesem Lande schon zurückgezogen hatte. Bundeskanzler Kreisky erklärte in einem Antwortschreiben auf eine Protestresolution von elf fortschrittlichen Organisationen gegen die VOEST-Projekte in Südafrika und Rhodesien, er habe "seine ernstesten Bedenken geäußert und in privaten Gesprächen noch viel deutlicher, als ich das im Parlament getan habe." Zweifellos sind seine "privaten Gespräche" eine gewaltige Hilfe und Unterstützung für die unterdrückten Völker des südlichen Afrika... während die ÖIAG weiterhin freie Hand für Investitionen hat.

H. H.

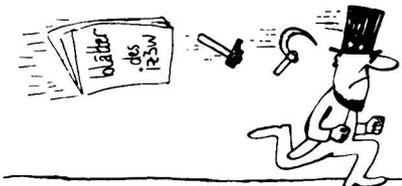


blätter des iz3w

blätter des informationszentrums dritte welt

+ Nestle als Babykiller + Geheimgutachten zur Kulturpolitik der BRD in Indonesien + Wie China das Ernährungsproblem löste + NATO: Faktische Militäralianz mit Südafrika + VW do Brasil + Sahel-Zone: Die sozio-ökonomischen Ursachen der Hungersnot + Argentinien nach Peron Vietnam: Zur aktuellen Lage +

Das sind einige der Themen, die in den letzten Hefen der blätter des iz3w behandelt wurden.



Die in 10 Ausgaben pro Jahr erscheinende Zeitschrift + enthält regelmäßig eine „Chronik der abhängigen Welt“ gibt Aufschluß über den Zusammenhang zwischen kapitalistischer Wirtschaftsstruktur und dem Elend der Massen in der Dritten Welt + beleuchtet die „Entwicklungshilfe“, ihre Hintergründe und Auswirkungen + setzt sich in einer „Ideologiekritik-Serie“ mit den Vorstellungen der bürgerlichen Entwicklungsländertheorie und -politik auseinander + erörtert Theorie und Praxis der fortschrittlichen Widerstandsbewegungen in den Ländern der Dritten Welt + nimmt Teil an der Diskussion über die Strategie der Internationalismusgruppen

Jahresabonnement bei 10 Nummern mit 40–60 Seiten: DM 25,- (für Studenten etc. DM 18,-)

Informationszentrum Dritte Welt 78 Freiburg, Postfach 5328 Tel. 0761/74003 Probeexemplar anfordern!

Absender (bitte in Druckschrift)

Probe-Exemplar an:

- Der Prüfer wird zugeteilt und kann nicht mehr vom Studenten gewählt werden.

Aber nicht nur diese Bestimmungen verschärfen die LA-Prüfung, sondern es kommen noch weitere, indirekte Verschärfungen dazu:

- Hausarbeiten werden jetzt häufiger nicht approbiert.
- Die Themen beider schriftlichen Klausuren werden unmerklich schwieriger.
- Die mündlichen Prüfungen hängen zunehmend von der Willkür des Prüfers (bzw. den Weisungen von oben) ab.

Während man sich gegen Bestimmungen wehren kann, sind diese indirekten Verschärfungen viel schwieriger zu bekämpfen. Man muß auch noch bedenken, daß die Studenten, die es bis zur LA-Prüfung geschafft haben, meist schon unterrichten oder sich sonstwie vom Uni-Betrieb gelöst haben, sodaß sie in ihrer Isolation kaum mehr zu einer gemeinsamen Vorgangsweise finden können - bzw. ihnen überhaupt die Information fehlt und sie ihr Durchfallen nur als eigenes Versagen sehen.

Durch die resultierende Verlängerung des Studiums sind wieder einmal besonders die Studenten aus den sozial schwächeren Schichten betroffen. Vor allem deshalb, weil sich auch die Stipendiumsituation sehr verschlechtert hat.

Fast gleichzeitig mit den Prüfungsverschärfungen wurde der sogenannte Lehrerstop verhängt (trotz Dementis von Unterrichtsminister Sinowatz, daß ohnehin die freiwerdenden Posten wiederversetzt würden!). Im Zuge der Einsparung bei den Dienstposten sollen keine Lehrer mehr eingestellt werden - während z. B. beim Bundesherr 600 neue Posten geplant sind. Auf derselben Linie liegen andere Maßnahmen in der Sozialpolitik, wie etwa die Tariferhöhung bei der Strassenbahn.

Gespart wird aber vor allem im Bildungswesen, obwohl

- in vielen Klassen die gesetzliche Schülerzahl von höchstens 36 überschritten wird (pädagogisch sinnvoll wären ca. 20 Schüler)

- die Klassenteilung im Fremdsprachenunterricht (1962 Gesetz) nicht überall durchgeführt werden kann
- der Stundenentfall pro Schuljahr enorm hoch ist
- viele Freigegegenstände aus Lehrermangel entfallen müssen
- der Raummangel in vielen Schulen drückend ist.

Daß Prüfungsverschärfung und Lehrerstop besonders auch eine politische, disziplinierende Funktion haben, ist klar.

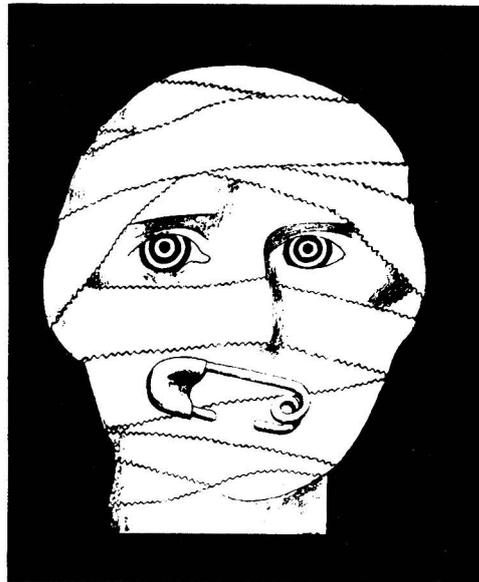
- Die Studenten werden noch mehr als bisher zu kritiklosem Insichhineinstreben von Stoff gezwungen - sie sollen Methoden und Inhalte nicht hinterfragen
- Die Angst um den Arbeitsplatz wird sich bei bereits angestellten Lehrern in ihrer "Arbeitsmoral", sprich Konformität und Gehorsam, niederschlagen.

- Die ohnehin mangelnde Solidarität zwischen LA-Studenten und Lehrern wird nun gänzlich verschwinden.

- Die Konkurrenz zwischen ungeprüften Vertragslehrern und geprüften Lehrern verstärkt sich.

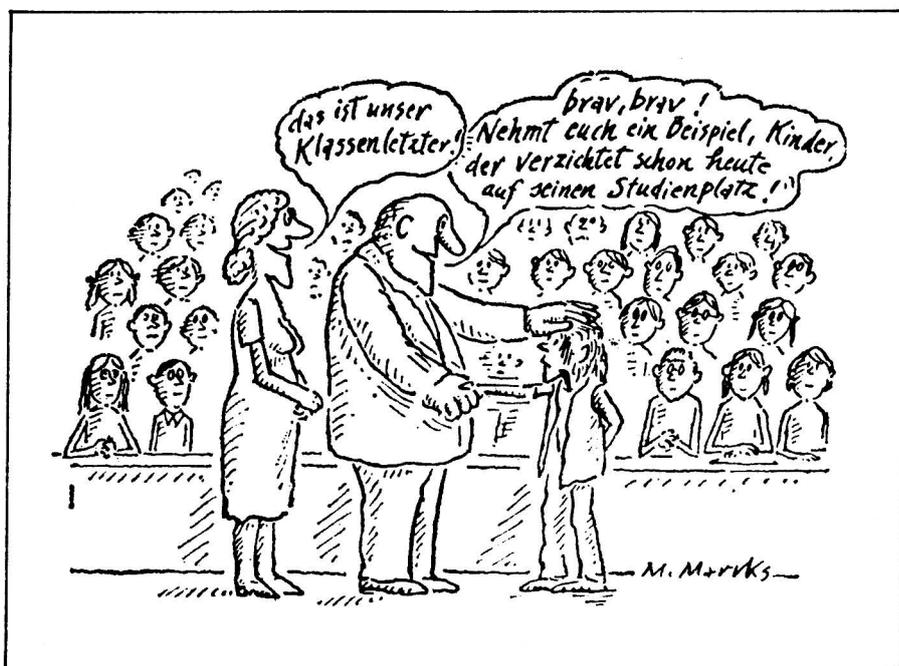
Deshalb stellen wir folgende Forderungen:

- Die Anstellung aller heuer geprüften Lehrer
- Die Verlängerung der Sonderlehrverträge



- Die sofortige Rücknahme der Verschärfungen der LA-Prüfungen
- Die Ausweitung des Bildungsbudgets
- Mehr Lehrerposten anstelle der Heeresdienstposten
- kleinere Unterrichtseinheiten, Verbesserung der Schulraumsituation.

Lehrergruppe der
föj-BEWEGUNG FÜR SOZIALISMUS



Mit freundlicher Unterstützung des Rektors und der Polizei

Nazis an der Universität

Mitglieder der ANR (Aktion Neue Rechte) glaubten Mittwoch, den 23. Juni 1976 den "Tag der deutschen Einheit" feiern zu müssen. Sie verteilten dabei Zeitschriften, in denen stand, daß während der NS-Zeit gar nicht 6 Millionen Juden umgebracht wurden, sondern viel weniger; daß man den Juden großzügigerweise angeboten hätte, nach Mozambique auszuwandern und die das nicht angenommen hätten. Es sei ihnen doch recht geschehen, wenn sie umgebracht würden... usw.

Fortschrittliche Studenten hinderten die Nazis an dieser Provokation. Dabei nahmen sie ihnen auch einen Karton mit ihren Zeitschriften weg. Als die Nazis daraufhin einen Genossen vom KSV verprügelten, kam ihm die zur gleichen Zeit tagende Hörerversammlung der Volkswirtschaftsstudenten geschlossen zur Hilfe. Die Nazis hatten so keine Chance mehr, und holten die Polizei.

Zwei jungen Polizisten wollten gemeinsam mit den Nazis den verprügelten Genossen ausfindig machen - er wurde von den Nazis des "Raubüberfalles" bezichtigt. Den Polizisten kam dies gar nicht absurd vor. Sie zeigten sich vor lauter Diensteyer auch uninformiert darüber, daß sie die Uni ohne Genehmigung des Rektors nicht betreten durften. Dabei hätten sie bloß fragen brauchen, denn Rektor Seitelberger ist bekannt dafür, die Polizei jederzeit zum Schutz der Rechten einzusetzen (wie auch zum Schutz von Nazis und Burschenschaften bei einer Veranstaltung gegen die Slowenen).

Dafür, daß die Polizei am Vormittag unverrichteter Dinge wieder abziehen mußte, zeigte sich der Rektor sehr hilfsbereit und erschien am Nachmittag in Begleitung der zwei Nazis und zweier Herren in Zivil (die bekannten Unauffälligen, vermutlich Staatspolizisten), um den bewußten Genos-

sen zu suchen. Soviel Hilfsbereitschaft für Nazis, die Zeitungen mit dem geschilderten Inhalt verteilen, hätte dem Rektor doch niemand zugetraut. Immerhin ist bekannt, daß er sich um die Mitgliedschaft in der SS beworben hatte und er das auch nicht bestreiten konnte. Daß er jetzt die Tätigkeit der ANR an der UNI nicht nur nicht verbietet, sondern in kurzer Zeit gleich zweimal Nazis so auffällig unterstützt, zeigt Mut, der bei der SS sicher sehr gefragt war. Man könnte es auch die Unverfrorenheit dessen nennen, der genau weiß, daß in Österreich SS-Zugehörigkeit und ein NS-Parteibuch einem Mann bei Karriere oder in hoher Position nicht schaden können.

L. H.



Zum Ausgang der Wahlen zur Studienrichtungsververtretung

Wie in der letzten "offensiv links" berichtet, fanden am 1. und 2. Juni Studienrichtungsververtretungswahlen statt, also Wahlen zu denjenigen Gremien der Österreichischen Hochschüler-schaft (ÖH), die noch am ehesten Kontakt zur studentischen Basis haben. Mittlerweile liegen die Ergebnisse vor. Die politische Tendenz in den größeren österreichischen Hochschulstädten ist uneinheitlich: Während in Graz, Salzburg und an einigen Wiener Hochschulen die Linke Verluste hinnehmen mußte, gelangen ihr an der Universität Wien und in Innsbruck weitere zum Teil erhebliche Erfolge. Dabei ist die Tendenz vor allem für diejenigen linken Gruppen positiv gewesen, die an den Instituten schon länger verankert waren und eine gewisse "Tradition" besaßen; weiters wurden vor allem dort gute Ergebnisse erzielt, wo es gelang, Organisationsegoismen zurückzustellen und gemeinsame linke Listen zu erstellen.

Allerdings waren diese Wahlen, obwohl von Institut zu Institut verschieden, durch eine äußerst geringe Wahlbeteiligung (meistens um die zwanzig Prozent) gekennzeichnet. Daran sind nicht zuletzt auch die minimalen politischen Möglichkeiten der Studienrichtungsververtretung (siehe letzte "offensiv links") schuld, denen die ÖH nur spärliche Unterstützung angedeihen läßt. Weiters war für die meisten Studenten die aktive Beteiligung ohnehin nur eine Sache der "Organisationen", da nur "Eingeweihte" von der Kandidaturfrist Bescheid wußten.

Für uns ist das Ergebnis der Wahlen Bestätigung einer Tendenz, der wir auch in unserer politischen Arbeit Rechnung zu tragen suchen: Allererste Anfänge einer größeren Verbreitung undogmatisch-linker Positionen und verstärkte Verlagerung der politischen Aktivität auf die konkreten Studienbedingungen und -inhalte, also an die Institute. So stellen etwa die Institutsgruppe Politikwissenschaft und die Gruppe Linker Soziologen (GLS), die gegen MLS und KSV kandidiert haben, jeweils die gesamte Studienrichtungsververtretung, so erhielt

der Kandidat des Roten Börsenkrach, der aufgrund anderer politischer Bedingungen gemeinsam mit VSStÖ und KSV gegen die Rechten kandidiert hatte, die meisten Stimmen am ökonomischen Institut und auch an anderen Instituten (Psychologie, Publizistik, Philosophie) gab es Erfolge.

Eine antikapitalistische Bewegung an den Hochschulen, die über die bereits politisierten Insider hinausgeht, wird es nur mehr geben, wenn es der Linken gelingt, an konkreten Erfahrungen und Problemen und vor allem an der Berufsperspektive der Studenten anzusetzen. Nicht nur in Form von "Aktions-einheiten" allwissender Organisationen die es den Studenten geradezu verbietet, für mehr zu sein als für Minimalplattformen ohne konkret motivierende Ziele; sondern in einer von den Studenten selbst ausgehenden Diskussion, in der politische Organisationen unsektiererisch die Notwendigkeit einer über die Hochschule hinausgehenden Strategie aufzuzeigen haben. Es liegt nahe, daß eine solche Diskussion heute am ehesten an den

Instituten möglich ist.

Daneben müßte allerdings geklärt werden, wie die studentischen Freiräume schon heute sinnvoll für die Arbeiterbewegung umgesetzt werden können. Die negativen Erfahrungen mit den Kaderorganisationen dürfen nicht dazu führen, daß man dieser Frage keinerlei Bedeutung zumißt.

Anfang Juli fand am Neufeldersee zu diesen Fragen ein Studentenseminar statt. Mit Beginn des neuen Studienjahres werden wir Diskussionsergebnisse publizieren.

Darüberhinaus muß es gelingen, die gemeinsamen Kämpfe gegen Hochschulreform, Studienverschärfung und politische Disziplinierung für fortschrittliche Lehrformen und -inhalte und ausreichende materielle Bedingungen auf einer politischen Ebene gemeinsam zu führen. Ansätze dazu scheinen sich aus einer beginnenden Zusammenarbeit der Linken Studienrichtungsververtretungen an der Uni zu ergeben.

F. N.



In eigener Sache

"JOUR FIXE" IM KLUB LINKS

In Wien findet während der Sommermonate jeden Donnerstag ab 19 Uhr im Klub Links ein Diskussionsabend statt, an dem alle laufenden Aktivitäten besprochen werden können.

"OFFENSIV LINKS" Nr. 27 erscheint Anfang September

Bestellkarte für „offensiv links“

Ich möchte gerne "offensiv links" für ein Jahr abonnieren

NAME

ADRESSE

Der Preis beträgt für das Inland: S 50,- (inkl. Porto)
für das Ausland: S 50,- (exkl. Porto)

Bitte ausschneiden und an die Adresse:

1040 WIEN, BELVEDEREGASSE 10 schicken.

Sommerakademie

der Bewegung für Sozialismus (föj) am Neufeldersee

Samstag, 17. Juli

Die südwesteuropäischen Länder
und die außenpolitische
Konstellation

Ihr Verhältnis zur NATO und EG, zur USA und dem Warschauer Pakt.

Samstag, 24. Juli

Die Klassenkämpfe in
den südwesteuropäischen Ländern

Rolle der Gewerkschaften und Parteien

Samstag, 31. Juli

Strategie und Taktik der Linken
in den südwesteuropäischen
Ländern

Hier sollen insbesondere die Kommunistischen Parteien, ihre Bündnispolitik an der Basis und institutionell einer Analyse unterzogen werden.

Samstag, 7. August

Revolutionäre Perspektiven
in Westeuropa

Welche Konsequenzen sollten autonome Linksgruppen für ihre Strategien ziehen.

Samstag, 14. August 1976

Technologische Entwicklung
und Arbeiterbewußtsein

Ergebnisse einer Untersuchung mit empirischen Material.

Samstag 21. August 1976

Der Prager Frühling
und kein Ende?

Genossen der sozialistischen Opposition im Exil sprechen über die Situation in der CSSR seit der "Normalisierung" und über die Perspektiven der politischen Entwicklung in Osteuropa.

Samstag, 28. August 1976 Abschlußfeier

MIT LAGERFEUER UND SONGGRUPPE